



Gleichberechtigung in der Politik? Über Karrierechancen und -schwierigkeiten ostdeutscher Frauen in der Politik

Cornelia Hippmann

Inhalt

1.	Ostdeutsche Frauen in der Politik: Einleitung	2
2.	Leben in der DDR - „Gefangen“ zwischen <i>Emanzipation von oben</i> und Aufwachsen in einer <i>Männerwelt</i>	2
2.1	Rahmenbedingungen für Frauen in der ehemaligen DDR	2
2.2	Die politische Präsenz von Frauen in der DDR	4
2.3	Berufsbiografische Voraussetzungen und Ressourcen ostdeutsch-sozialisierter Frauen in der Politik	5
3.	Einstiegsbedingungen und -voraussetzungen ostdeutscher Frauen in der Politik	7
3.1	Die Wendezeit - Karrierechance für ostdeutsche politische Aktivistinnen?	7
3.2	Parteienengagement nach der Wiedervereinigung	8
3.3	Zugangs- und Aufstiegsbedingungen ostdeutscher Frauen in die/der Politik	9
3.2.1	Die Mentorenschaft	9
3.3.2	Das „ <i>Frauenticket</i> “	10
4.	Karrieren ostdeutscher Frauen im vereinten Deutschland	10
4.1	Ein Vorab	10
4.2	Die quantitative Unterrepräsentanz von ostdeutschen Politikerinnen in den Parlamenten	11
4.3	Qualitative Unterpräsenz von ostdeutschen Frauen in den Parlamenten	14
5.	Kontrastierender Vergleich der Präsenz ostdeutscher und westdeutscher Frauen in der Politik	15
6.	Schlussbetrachtung	18
7.	Fragen	19
8.	Weiterführende Links	19
9.	Literatur	19
10.	Über die Autorin	21
11.	Veröffentlichungen der Autorin	21
12.	Endnoten	21



1. Ostdeutsche Frauen in der Politik: Einleitung

Beim Zusammenbruch des DDR-Herrschaftssystems 1989/1990 waren 91 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig (Bütow/Stecker 1994: 27)¹. Im Vergleich dazu lag der Anteil berufstätiger Frauen in der Bundesrepublik zum gleichen Zeitpunkt lediglich bei 55,5 Prozent (Gottschall 1989: 18; Maier 1993; Frauenreport 1990: 63). Daraus lässt sich die Frage ableiten: Haben die ehemaligen DDR-Frauen im vereinten Deutschland auf Grund ihrer größeren und umfassenden Erfahrungen mit (Vollzeit)Berufstätigkeit vielleicht auch größere Karrierechancen in der Politik als ihre westdeutschen Kolleginnen?

An dieser Stelle setzt der vorliegende Beitrag, der die ostdeutschen politischen Aktivistinnen in seinen Mittelpunkt rückt, an. Grundlage dafür sind 24 autobiografisch-narrative Interviews mit ostdeutschen Mandatsträgerinnen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene, die ich im Rahmen meines Dissertationsprojektes „Ostdeutsche Frauen in der Politik. Eine qualitative Analyse“ zwischen 2007 bis 2009 durchgeführt und nach den narrationsanalytischen Auswertungsprinzipien von Fritz Schütze (1976; 1981)² ausgewertet habe. Zunächst werden die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Frauen in der DDR umrissen, bevor auf die politische (Nicht)Präsenz des weiblichen Geschlechts in der Politik eingegangen wird. Daran anschließend werden auf Grundlage der narrationsanalytischen Auswertung der biografischen Interviews mit den 24 ostdeutschen Politikerinnen³ ihre berufsbiografischen Kompetenzen und Ressourcen skizziert, die sie größtenteils in der DDR erworben haben. Schließlich beschäftige ich mich mit der Frage, ob und inwieweit sich die gesellschaftliche Umbruchsituation 1989/1990 auf die Karrierechancen ostdeutscher politisch interessierter Frauen ausgewirkt hat. Ich gehe der Frage nach, welche individuellen biografischen Bedingungen und Kriterien nicht nur ein mögliches politisches Engagement, sondern auch den Ein- bzw. Aufstieg in die Politik begünstigten bzw. erschwerten, um im vereinten Deutschland Karriere zu machen. Im zweiten Teil des Beitrags geht es darum, ob sich die umfassende Erfahrung der ostdeutschen Frauen mit (Vollzeit)Berufstätigkeit in besondere politische Karrierechancen im wiedervereinten Deutschland überführen ließ. Diese Frage wird anhand eines Ost-West-Vergleichs, d.h. der Darstellung der quantitativen und qualitativen Präsenz von Frauen in den Parlamenten, beantwortet.

2. Leben in der DDR - „Gefangen“ zwischen *Emanzipation von oben* und Aufwachsen in einer *Männerwelt*

2.1 Rahmenbedingungen für Frauen in der ehemaligen DDR

In ihrer Frauenpolitik ging die DDR-Regierung bekanntlich von der Grundannahme aus, dass die Lösung der Frauenfrage seit Ende des 19. Jahrhunderts enger Bestandteil des politischen Programms zur Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Herrschaft war. Die theoretische Grundlage für die These, dass die Befreiung der Arbeiterklasse erst durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln realisiert sei und die Lösung der Frauenfrage damit eng zusammenhänge, lieferten vor allem August Bebel's Schrift *„Die Frau und der Sozialismus“* (1859) und Friedrich Engels' Abhandlung *„Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“* (1884) (Bütow/Stecker 1994: 13). Marx, Engels und Bebel gingen von der Annahme aus, dass die gesellschaftliche Stellung des weiblichen Subjekts fast ausschließlich von den Machtverhältnissen im Staat und der damit verknüpften wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Gesellschaft abhängt. Die Emanzipation der Frau sah sie erst mit der Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, d.h. mit veränderten Eigentumsverhältnissen, realisiert. In diesem Kontext vertrat z.B. auch die proletarische Vertreterin der *ersten* Frauenbewegung, Clara Zetkin, die Ansicht, dass die Frau nur mit ihrem Eintritt in den Produktionsprozess eine eigenständige ökonomische Kraft und somit sozial unabhängig werde (Zetkin 1957: 6). Aus diesem Grund wurde die vollständige Integration des weiblichen Subjekts in den Arbeitsprozess als die zentrale Voraussetzung zur Partizipation von Frauen am gesellschaftlichen Fortschritt gesehen. Auch die SED, die führende Einheitspartei, die 1946 aus der Zwangsfusion der SPD mit der Kommunistischen Partei entstanden war, ging bei der Konzipierung ihrer Frauenpolitik von dieser Position aus. Sie sah in der weiblichen Berufstätigkeit die Basis für die Lösung der Frauenfrage. Weil die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage und als *Nebenwiderspruch* (Autorenkollektiv 1978: 18) und die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ursache für die Unterdrückung der Frau angesehen wurden, betrachtete man mit der Realisierung der weiblichen Vollzeitberufstätigkeit die Gleichberechtigung in der 1949 gegründeten DDR als gelöst. Hierbei wurde von der Annahme ausgegangen, dass sich im Zuge der Veränderung der Eigentumsverhältnisse auch neue zwischenmenschliche Beziehungen gesetzmäßig entwickeln würden (Bütow/Stecker 1994: 14). Weil der Marxismus-



Leninismus die oberste Staatsdoktrin in der DDR war, wurde der Partei, der SED, uneingeschränkte Erkenntnisfähigkeit („Die Partei hat immer Recht“) und der Arbeiterklasse „uneingeschränktes Erkenntnisinteresse“ (Eifler 1992) zugeschrieben und als vorwärtsweisende Kraft (Bütow/Stecker 1994: 14) definiert. Birgit Bütow und Heidi Stecker weisen darauf hin, dass es Ziel der DDR-Diktatur (des Proletariats) war, Frau und Mann die „gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens“ formell zu ermöglichen (ebd.). Indem die Auffassung fest verankert war, dass das Erringen der politischen Herrschaft durch die Arbeiterklasse sowie die Realisierung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln den Frauen die Gleichberechtigung „garantiere“, wurden soziale Differenzen der Lebenslagen und Teilhabeverhältnisse als normal und nicht-antagonistische Widersprüche angesehen. Im Laufe der weiteren sozialistischen Entwicklungs- und Wandlungsprozesse sollten sie überwunden werden (ebd.: 15).

Generell lässt sich die *Frauenpolitik* der SED und ihre frauenpolitischen Maßnahmen, die eine Koordination von beiden Lebensbereichen, Familie und Beruf, erleichtern sollten, laut Virginia Penrose, in *drei Phasen* gliedern, denen entsprechende *Leitbilder* zuzuordnen sind (Penrose 1990). Dementsprechend lassen sich folgende Hauptlinien in der Geschichte der SED-Frauenpolitik erkennen:

1. Phase: Die Integration der Frauen in den Arbeitsprozess (1946–1963)

Die ersten Jahre nach dem Kriegsende 1945 standen ganz im Zeichen eines zusammengebrochenen und von den Siegermächten geteilten Deutschlands. Somit war die Epoche durch die allgemeinen Lebensumstände weniger politisch geprägt. (Bütow/Stecker 1994: 15). Der tägliche Kampf ums Überleben stand auf der Tagesordnung der Menschen. Insofern bezeichnen Ina Merkel et al. diese Phase als „Überlebensgesellschaft“ (Merkel et al. 1991)⁴. Die Teilhabe des weiblichen Geschlechts am Erwerbsprozess wurde zuerst von der KPD und ab 1946 von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) als das entscheidende Kriterium für die Entwicklung „der Frau“ zur sozialistischen Persönlichkeit (Kommunique 1961) betrachtet (Bütow/Stecker 1994: 15). Ziel war es, die Integration der Frauen in den Arbeitsprozess, die rechtliche Gleichstellung zwischen Frau und Mann sowie schließlich auch die politische Einbeziehung des weiblichen Geschlechts zu realisieren. Insbesondere durch den rückständigen technologischen Standard, die Fluchtwelle bis 1961 und den Facharbeitermangel wurden die Frauen als Arbeitskräfte

zunehmend gebraucht und unverzichtbar (Hieblinger 1967).

In den sechziger Jahren entwickelte die Partei- und Staatsführung zahlreiche Initiativen wie die Maßnahmen zur Förderung der Frau mit dem Schwerpunkt der Vorbereitung von Frauen für den Einsatz von Leitungsfunktionen⁵ oder zur Förderung der Frauenqualifizierung (Forderung des VI. Parteitag der SED 1963) (Bütow/Stecker 1994: 22), welche in der *zweiten* Phase der Frauenpolitik der DDR umgesetzt werden sollten.

2. Phase: Konzentration auf Weiterbildung und Qualifizierung der Frauen (1963–1972)

Die *zweite* Etappe der DDR-Frauenpolitik, die *Qualifizierungsoffensive*, lässt sich den Jahren von 1963 bis 1972 zuordnen. Ziel war nun, die umfassende berufliche Aus- und Weiterbildung von Mädchen und Frauen voranzutreiben. Dies führte dazu, dass die Frauenerwerbstätigkeit durch die Qualifizierung der weiblichen Arbeitskräfte vom Status des *Zuverdienstes zur Vollzeitberufstätigkeit* aufgewertet wurde. „Parallel dazu vollzog sich ein Bruch mit dem gesellschaftlichen, traditionellen Muster der bürgerlichen Hausfrau, deren Erwerbstätigkeit mit der Geburt eines Kindes für bestimmte Zeit abgebrochen wird“ (Joost 2001: 24). Von nun an wurde auch in den Medien das Bild einer selbstbewussten, gut ausgebildeten erfolgreichen *berufstätigen Frau* propagiert und die erwerbstätige Frau mit Facharbeiterbrief oder Hochschulabschluss wurde zum Leitbild dieser Zeit⁶. Die mannigfaltigen Belastungen des weiblichen Geschlechts, d.h. ihre Doppel- oder gar Dreifachbelastung, wurden jedoch nicht thematisiert und sogar vollkommen ausgeblendet (Bütow/Stecker 1994: 23). Um den per Gesetz *von oben* festgeschriebenen Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter zu gewährleisten, erließ man eine Reihe entsprechender Festlegungen etwa im *Familiengesetzbuch*⁷ (1965) oder im Gesetz über das *Einheitliche Sozialistische Bildungssystem* (25.02.1964). Auch Maßnahmen zur Angleichung weiblicher und männlicher Qualifizierung für mittlere leitende Funktionen⁸ (ebd.: 24) wurden umgesetzt.

Durch die Integration der Frauen in den Arbeitsprozess sowie mit der Festschreibung der gesetzlichen Grundlagen dafür, einschließlich der über Kindereinrichtungen, schien für die Parteiführung die Frauenfrage gelöst zu sein (Autorenkollektiv 1978: 8f.)



3. Phase: Vereinbarkeit von Familie und Beruf (1971-1989)

Die *dritte* Phase der DDR-Frauenpolitik wurde 1971 eingeleitet. Sie war durch zahlreiche Initiativen wie den Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung, die Einführung des Babyjahres (1976) oder die Senkung der Wochenarbeitszeit für Mütter gekennzeichnet und sollte die Koordination von Familie und Beruf verbessern (Joost 1998: 25f). Hintergrund war, dass trotz aller Gleichstellungsbeurteilungen und der paternalistisch durchgesetzten „Emanzipation von oben“ Frauen die Hauptlast bei der Organisation von Familie und Beruf zu tragen hatten. Nichtsdestotrotz blieb dieser Versuch, berufliche, gesellschaftliche und häusliche Aufgaben miteinander zu verbinden, ein Problem der DDR-Frauen (Hildebrandt 1993). Die Reduzierung der Frauenpolitik auf eine „Mutti-Politik“ in dieser Zeit führte darüber hinaus zu einer Vernachlässigung zahlreicher Themen, die mit dem Frauenleben eng verbunden waren. So wurde jedem feministischen Denkansatz eine scharfe Absage erteilt. Geistige Auseinandersetzungen mit anderen Ansätzen waren nicht gefragt (Bütow/Stecker 1994: 26). Dennoch oder gerade deshalb waren die Geschlechterrollen und ihre Veränderung bis zum Ende der DDR in der Öffentlichkeit kein Thema.

Entsprechend ist zu schlussfolgern, dass die emanzipatorischen Ansätze der DDR-Frauenpolitik der fünfziger Jahre bis zum Ende der DDR 1989 nicht ausgebaut wurden und daher die *Frauenfrage* nicht gelöst werden konnte. Die „Emanzipation von oben“ (Trappe 1997: 83) konnte sowohl die Tradition als auch die Belastung von Frauen nicht verändern, sondern verstärkte sie sogar. Selbst Instrumente der Frauenpolitik wie z.B. *Frauenausschüsse in den Gewerkschaften*, *Frauenförderpläne* oder *Qualifizierungspläne*, die in den Anfangsjahren noch wirksam waren, verloren ihre Kraft oder wurden nahezu bedeutungslos. So war auch die Frauenorganisation, der 1946 gegründete Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), längst kein Ort mehr, an dem sich Frauen in nennenswertem Umfang austauschen konnten und ihre Interessen vertreten sahen. Dies galt vor allem für die jüngeren Frauen, für die der DFD jede Anziehung verloren hatte. Sie standen besonders der „Mutti-Politik“ der SED kritisch gegenüber. Diese Unzufriedenheit führte zum Entstehen von Frauengruppen ab den achtziger Jahren, vor allem im kirchlichen Raum. Diese waren am feministischen Gedankengut orientiert und gründeten in der Wendezeit im Dezember 1989 den Unabhängigen Frauenverband (ebd.: 29).

2.2 Die politische Präsenz von Frauen in der DDR

Frauen spielten in der Politiklandschaft nur eine sehr marginale Rolle und waren dort – wie auch in anderen „Männerdomänen“, etwa in der Wissenschaft und Wirtschaft – in besonderem Maße unterrepräsentiert. So lag z.B. der Frauenanteil in den Volksvertretungen auf allen Ebenen, vom Gemeinderat bis zur Volkskammer, zwischen 32 und 44 Prozent (Schröder et al. 1998). In anderen mittleren einflussreichen Politiksphären war das weibliche Geschlecht dagegen weniger unterrepräsentiert als im mächtigen politischen Zentrum der DDR. Beispielsweise waren im Jahr 1988 30 Prozent der Bürgermeister in der DDR weiblich (ebenda). Dass Frauen dennoch auch auf der Kommunalebene nicht die gleichen Karrierechancen wie die männliche Konkurrenz besaßen, wird daran deutlich, dass sie in der Regel nur in kleineren und/oder mittleren Gemeinden diese Position inne hatten. Letztendlich gab es zum Ende der DDR in den zehn größten Städten nur *eine* Frau im Amt der Oberbürgermeisterin, Brunhilde Hanke in Potsdam.

Dass die Politik in der DDR ein Bereich war, der besonders „männlich“ geprägt war und ein „männliches“ Geschäft blieb (Mocker/Sauer 1991), wird vor allem daran deutlich, dass in das wahre Zentrum der DDR-Macht, das Politikbüro der SED, niemals eine Frau als Vollmitglied vordringen konnte. Schon aus diesem Grund kann festgestellt werden, dass die Politikbranche in der DDR eine *Männerdomäne* war, zu der das weibliche Geschlecht nur bedingt Zugang hatte. Dies lässt sich auch am Beispiel der Sekretariate des ZK der SED besonders gut veranschaulichen. Lediglich ein Sekretariat, das für Frauenprobleme zuständige Ressort, war mit einer Frau, Ingeburg Lange, besetzt. Dieses Faktum verdeutlicht, dass das Zentrum der DDR-Macht, ungeachtet aller Gleichstellungsbeteuerungen, bis zum Ende der DDR nahezu hermetisch abgeriegelt war. Zu keinem Zeitpunkt wurde eine Frau in das engste Führungszentrum, das Politbüro, als stimmberechtigtes Mitglied aufgenommen. Zwar brachten es die für Frauenfragen zuständige Ingeburg Lange und die LPG-Vorsitzende Margarete Müller zu „Kandidatinnen“ des Politbüros, beide warteten jedoch 16 bzw. 26 Jahre vergeblich, um in dieses „männliche“ Machtzentrum als Mitglied gewählt zu werden. Und Margot Honecker, die Ministerin für Volksbildung, war 1989 die einzige Frau im 43-köpfigen Ministerrat der DDR (ebd.). Mit Ausnahme von Hilde Benjamin, der berühmtesten-berühmtesten Justizministerin und Mitglied des Zentralkomitees der SED in den fünfziger und sechziger Jahren, von Margot Honecker, die ab 1963 das Volksbildungsministerium führte, sowie von Ingeburg Lange als



Frauenbeauftragte im ZK der SED gelang es Frauen in der DDR, allenfalls bis zur mittleren politischen Ebene vorzudringen. Demzufolge war die Politik in der DDR eine besonders stark „männlich“ dominierte Arbeits- und Einflussosphäre, in der das weibliche Geschlecht im besonderen Maße unterrepräsentiert war.

2.3 Berufsbiografische Voraussetzungen und Ressourcen ostdeutsch-sozialisierter Frauen in der Politik

Die Frauen, die im Rahmen der Untersuchung „Ostdeutsche Frauen in der Politik. Eine qualitative Untersuchung“ interviewt wurden, wurden in das institutionelle Ablaufmuster¹⁰ (Schütze 1982) des DDR-Herrschaftssystems hineingeboren. Sie profitierten von den ab Mitte der sechziger Jahre eingeleiteten beruflichen Qualifikationsmaßnahmen für junge Frauen, d.h. speziell von der zweiten Phase der DDR-Frauenpolitik¹¹. Auffällig ist, dass Frauen, die die Hochschulreife erworben und eine akademische Ausbildung abschlossen, überrepräsentiert sind¹².

Die ostdeutschen Politikerinnen lassen sich in diesem Kontext folgenden Gruppen zuordnen:

Einmal sind es ostdeutsche Abgeordnete wie Cornelia Pieper (FDP) oder Dagmar Schipanski (CDU), die bis Anfang oder Mitte der sechziger Jahre in das Regime hineinsozialisiert wurden. Sie schlossen noch zu DDR-Zeiten sowohl ihre schulische als auch ihre berufliche bzw. akademische Ausbildung ab und arbeiteten bereits erfolgreich in einem Beruf.

Demgegenüber schlossen Politikerinnen wie Kathrin Budde (SPD), die ab Mitte der sechziger Jahre bis Anfang der siebziger Jahre in die DDR-Diktatur hineingeboren wurden, vor dem politischen Umbruch 1989/1990 ihre schulische und auch akademische Ausbildung ab und befanden sich gerade zur Wendezeit im Übergang vom Studium zum Beruf¹³.

Eine *weitere*, wenn auch unterrepräsentierte, Gruppe, die im Datenmaterial ebenfalls vorhanden ist, erwarb zu DDR-Zeiten keine Hochschulreife. Die Ursachen dafür sind unterschiedlich geprägt. *Einmal* lagen sie in fehlenden schulischen Leistungen und der ungenügenden Förderung durch das Elternhaus. Diese Frauen absolvierten nach dem Abschluss der Polytechnischen Oberschule (POS) zunächst eine Lehre. Zum Teil merkten sie aber, dass dies nicht ihren beruflichen Vorstellungen und Wünschen entsprach, deshalb holten sie auf dem zweiten Bildungsweg häufig die Hochschulreife und das Studium nach. Weil bei diesen Frauen

wie Heike Bremer (CDU) somit die Berufsbiografie mit Schwierigkeiten verbunden war, mussten sie Kampfgeist, Durchsetzungsvermögen und Geduld aufbringen, um ihre beruflichen Wünsche letztendlich doch realisieren zu können. Das förderte Eigenschaften und Fähigkeiten, die sich auch im zähen Konkurrenzkampf in der Politik nach der deutschen Wiedervereinigung durchaus als Vorteil erwiesen.¹⁴ Zum anderen sind unter den befragten Politikerinnen, wenn auch marginal, Persönlichkeiten auszumachen, die sich sowohl während der Schulzeit als auch später während der Erwerbstätigkeit in keiner Weise mit dem DDR-Regime arrangieren konnten und wollten. Indem sie, häufig auf Grund ihrer kirchlichen Prägung, sehr kritisch zum DDR-Regime eingestellt waren, kam es zu Brüchen während ihrer beruflichen Ausbildung und Erwerbstätigkeit, was sich im schlimmsten Fall in Arbeitslosigkeit widerspiegelte. Auch wenn sich diese Frauen daher in der Regel weitaus weniger umfassende berufsbiografische Ressourcen aneignen konnten, die sich für die politische Arbeit als positiv erweisen, ergaben sich für diese Politikerinnen auf Grund ihrer oppositionellen Haltung zum DDR-Staat während des Epochenwechsels 1989/1990 dennoch exzellente Chancen für eine Politikkarriere im wiedervereinten Deutschland.¹⁵

Die Untersuchung zeigt, dass der Anteil der weiblichen Abgeordneten, die vor der Wende im Bildungssektor, oft als Lehrerin wie z.B. Erdmuthe Henke, Kommunalpolitikerin der Linkspartei in Hettstedt, Sachsen-Anhalt, oder als Erzieherin wie z.B. die von 2002-2006 im Landtag von Sachsen-Anhalt für die FDP als Abgeordnete tätige Silke Seifert arbeiteten. Viele dieser Politikerinnen fühl(t)en sich auf Grund ihrer umfassenden berufsbiografischen Ressourcen prädestiniert, nach dem Einzug in die Parlamente in einem Politikressort zu arbeiten, das sich mit Bildung, Jugend, Frauen und Familie beschäftigt. Weil darüber hinaus diese sogenannten „weichen“ Ressorts, die dem klassisch „weiblichen“ Tätigkeitsprofil entsprechen, auch von der männlichen ostdeutschen Konkurrenz weniger begehrt und priorisiert wurden, war es gerade den Politikerinnen der *ersten Stunde* häufig möglich, nach dem Einzug in die Parlamente diese Ressorts ohne größere Widerstände 1990 zu übernehmen und sich dort zu etablieren.¹⁶ Ein, wenn auch geringer, Teil von Politikerinnen promovierte zu DDR-Zeiten im Bildungssektor. Prominente Beispiele dafür sind die Bundestagsabgeordneten der Linken Dagmar Enkelmann und Rosemarie Hain.

Eine *andere* große Gruppe der befragten Politikerinnen hat einen technischen bzw. naturwissenschaftlichen Beruf wie z.B. Ingenieurin oder Che-



mikerin erlernt, meistens studiert, zum Teil auch promoviert. Ohne Zweifel hängt die große Zahl mit den ab Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre eingeleiteten spezifischen Förderungsmaßnahmen für junge Frauen in technischen, naturwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Berufen zusammen, die wiederum durch den Mangel an männlichen Arbeitern und Angestellten in diesen Bereichen bedingt waren¹⁷. Die Untersuchung zeigt, dass nach dem Zusammenbruch des DDR-Regimes einige dieser Frauen aus ihren erworbenen berufsbioграфischen Ressourcen im besonderen Maße schöpfen konnten. Gerade den Frauen, die als *erste* Politikerinnen in die Parlamente einzogen, war es noch ohne die sonst üblichen Ab- und Ausgrenzungsmechanismen seitens der etablierten männlichen Konkurrenz möglich, sogenannte „*männliche*“ Ressorts und politische Aufgabenfelder wie Arbeit, Wirtschaft oder Finanzen zu übernehmen, da sich im Zuge der chaotischen Ausnahmesituation die „männliche“ Prädominanz kurzzeitig aufgelöst hatte. Katrin Budde, SPD, die ehemalige Wirtschaftsministerin von Sachsen-Anhalt und ausgebildete Diplomingenieurin ist ein prominentes Beispiel dafür. Auf Grund ihrer guten (akademischen) Ausbildung und meist jahrelangen Berufserfahrung, auch in sogenannten *Männerdomänen*, verfügten diese Frauen nicht nur über umfassende berufliche Erfahrungen und Kompetenzen, sondern auch über genügend Selbstbewusstsein und -vertrauen, um nach dem Einzug in die Parlamente wie selbstverständlich ein „männliches“ Ressort zu übernehmen. Weil diese Frauen auch bereits umfangreiche Erfahrungen in zwei-geschlechtlichen, meistens männerdominierten, „Kollektiven“ hatten, vermochten sie sich frühzeitig, im „männlichen“ *Durchsetzungskampf zu üben*; all dies sind Fähigkeiten, die im Kampf um zentrale Politikfelder und -positionen sehr wichtig sind.

Als tendenzielle Gemeinsamkeit lässt sich bei den befragten Politikerinnen, die zu DDR-Zeiten ihre (akademische) Ausbildung abgeschlossen hatten, feststellen, dass die Berufstätigkeit ein zentraler Bestandteil ihrer „weiblichen“ Identität war und sie sich darüber stark definierten. Dies zeigt, dass sie das Rollenbild der vollzeit-berufstätigen Frau in der DDR-Gesellschaft verinnerlicht hatten. Ihr Beruf brachte ihnen Erfüllung, finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit. Wie sie in zahlreichen Berufsfeldern unter Beweis stellen konnten, waren und sind sie auf Grund ihrer umfassenden erworbenen Kompetenzen und Erfahrungen mit Vollzeitberufstätigkeit für die Abgeordnetentätigkeit in unterschiedlichen politischen Aufgabenfeldern und -positionen geradezu prädestiniert. Gerade weil sie häufig in zwei-geschlechtlichen Arbeitsgruppen

studiert und gearbeitet hatten, waren viele von ihnen frühzeitig in der Lage, ihre „*von Haus aus*“ erworbenen Fähigkeiten mit „*männlich*“ zugesprochenen Eigenschaften wie Durchsetzungsvermögen und Rationalität zu paaren. Kompetenzen, die auch nach dem Einzug ins Parlament von enormer Wichtigkeit sind. In diesem Kontext soll auf den Psychoanalytiker und ehemaligen Berater von Willy Brandt Horst-Eberhardt Richter verwiesen werden, der in seiner 2006 erschienenen Studie über die „*Krise der Männlichkeit*“ zu der These gelangt, dass es Frauen vor allem durch ihre Flexibilität in der Übernahme nichtgeschlechtskonformer, d.h. „männlich“ konnotierter Eigenschaften immer häufiger gelingen würde, den Männern nicht nur ebenbürtig zu sein, sondern sie einzuholen und zum Teil zu überholen. In diesem Prozess sieht Richter nicht nur eine soziologische Umstrukturierung im Geschlechterverhältnis, sondern zugleich auch kulturpsychologisch einen Umbruch. Er begründet seine These damit, dass bei „Männern zwar eine Identitätsverunsicherung, nicht aber eine kompensatorische Ausfüllung des Gefühlsanteils stattgefunden hat, der durch den Rollenwandel der Frauen in den Hintergrund getreten ist“ (Richter 2006: 51). Allein daraus könne man eine Schwächung der emotionalen Widerstandskraft ableiten, die vor einer Unterwerfung unter die Bedrohungspolitik und die moderne Kreuzungsideologie schützen solle. Prominentes Beispiel für seine These ist Angela Merkel, die sich nicht nur im langjährigen CDU/CSU-Machtkampf zuerst im geduldigen Abwarten übte, um im richtigen Moment ihre Machtansprüche offenzulegen. Darüber hinaus gelingt es ihr – nach weit verbreiteter Einschätzung – auch als Staatschefin bei Begegnungen mit den Mächtigsten der Welt, wie aktuell in der EURO-Krise, durch ihr geduldige, vorausschauende Art und ihr Gespür, zum richtigen Zeitpunkt ihre Ziele konsequent und bestimmt auszusprechen, zu brillieren.

Insofern scheinen viele ostdeutsche Politikerinnen, trotz 40-jähriger Demokratiefeme und geringer Präsenz und Erfahrung von Frauen in der Politiklandschaft der DDR, auf Grund ihrer Fähigkeit, „*weiblich*“ und „*männlich*“ konnotierte Eigenschaften zu verbinden, bei dem stetigen Kampf um die zentralen Ressorts und Fähigkeiten konkurrenzfähig zu sein¹⁸.



3. Einstiegsbedingungen und -voraussetzungen ostdeutscher Frauen in der Politik

3.1 Die Wendezeit - Karrierechance für ostdeutsche politische Aktivistinnen?

Im Fokus der Untersuchung standen vor allem die Arbeits- und Lebenssituationen ostdeutscher Mandatsträgerinnen. Kontextuell war von besonderem Interesse, die speziellen Prozesse der Gestaltung und der Veränderung der Geschlechterverhältnisse in der Politik vor dem Hintergrund der Lebensgeschichten und Handlungssituationen der Politikerinnen in der (vornehmlich ostdeutschen) Politik zu erforschen. Dabei wurden vor allem gerade die Struktur- und Handlungsmuster, die sich für die Politikerinnen aus den neuen Bundesländern vor allem im Zuge des Zusammenbruchs des DDR-Regimes ergaben, herausgearbeitet. Im Mittelpunkt stand die erkenntnisleitende Frage, welchen Einfluss diese historische Ausnahmesituation auf die Gestaltungs- und Partizipationsmöglichkeiten und Karrierechancen von politisch interessierten Frauen in der ehemaligen DDR hatte. Die narrativen Interviews mit den Parlamentarierinnen verdeutlichen, dass vor allem in dem Untergang der DDR-Diktatur und in dem daraus folgenden gesellschaftlichen Umbruch *die zentrale Bedingung* dafür zu sehen ist, dass die überwiegende Zahl der Frauen aus den neuen Bundesländern, die gegenwärtig als Abgeordnete tätig sind¹⁹, den Weg in die Politik realisieren konnte. Der Zusammenbruch der DDR und die sich daraus ergebenden Transformations- und Demokratisierungsprozesse, die schließlich zur deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 führten, waren *die* entscheidende Voraussetzung, dass die interviewten Frauen heute Politikerinnen sind. Die narrationsanalytische Auswertung der Interviews bestätigt, dass zu DDR-Zeiten keine der aktuellen Abgeordneten eine führende Rolle in der SED innehatte. Eine Tätigkeit als SED-Funktionärin wäre ein K.O.-Kriterium für eine Abgeordnetenlaufbahn im wiedervereinten Deutschland gewesen, denn eine enge Verbundenheit mit dem DDR-System, vor allem ein besonderes Engagement in der SED, hätte sich 1989/90 negativ auf eine politische Karriere in der Politik ausgewirkt. Frauen, die zu DDR-Zeiten Mitglied in der SED waren, sind daher in meiner Untersuchung nur marginal vertreten. Sie sind bis auf wenige Ausnahmen, Linke-Politikerinnen. Der Epochenwechsel und die damit eingeleiteten Transformationsprozesse in der ehemaligen DDR boten als *tabula-rasa*-Situation kurzzeitig vergleichbare Startbedingungen für beide Geschlechter in den neuen Bundesländern. Indem sich während dieser Umbruchsituation die „*männliche*“ Vorherrschaft

kurzzeitig auflöste, war es Frauen in der Regel ohne größere Schwierigkeiten möglich, in der Politik Fuß zu fassen, sei es als ehrenamtliche Abgeordnete, sei es als Berufspolitikerin, und es gelang ihnen die sonst sehr gut funktionierenden Ab- und Ausgrenzungsmechanismen seitens des männlichen Geschlechts zu überwinden. Darüber hinaus besaßen die Parlamentarierinnen der *Stunde Null* die einmalige Chance, wenn sie zum richtigen Zeitpunkt ihren Machtanspruch anmeldeten und mit ihren berufsbiografischen Ressourcen über die nötigen Kompetenzen für einen politischen Aufgabenbereich verfügten, nicht nur eine Karriere über das sogenannte „*Frauenticket*“ einzuschlagen und Ressorts wie Familie, Soziales oder Gesundheit zu übernehmen, die dem klassischen „*weiblichen*“ Tätigkeitsprofil entsprechen, vielmehr war es einem Teil dieser Frauen wie noch nie zuvor möglich, ohne größere Barrieren und Hindernisse „*männliche*“ Ressorts wie Wirtschaft oder Finanzen zu übernehmen und den Grundstein für ihren Aufstieg zur Spitzenpolitikerin zu legen.

Die überwiegende Zahl der ostdeutschen Politikerinnen, die ich im Rahmen meiner Untersuchung interviewt habe, legte den Grundstein für ihre Politikkarriere in der frühen Wendezeit. Zunächst dachten sie in ihrem politischen Engagement noch nicht an eine Karriere als Berufspolitikerin. Vielmehr waren für sie die Proteste erstmals die Gelegenheit, ihre Kritik am DDR-Regime offen kund zu tun und einen Beitrag zu leisten, die Gesellschaft nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen aktiv mit zu verändern. Da sie häufig die vom DDR-Staat propagierten politischen Leitlinien und die marxistisch-leninistische Ideologie nicht verinnerlicht hatten, beteiligten sie sich an den Friedensgebeten, Montagsdemonstrationen und Protesten, um ihrer politischen Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Eine Vielzahl der Frauen, die als politische Aktivistinnen der *ersten Stunde* zu klassifizieren sind, schloss sich jedoch bereits frühzeitig in der Wendezeit einer Partei an.

Die Rekonstruktion der Interviews zeigt, dass *drei* Motivationen²⁰ bei der persönlichen Entscheidung für ein Engagement in einer Partei als zentrale Bedingungen auszumachen sind:

Die überwiegende Zahl der Frauen, die sich in der Wendezeit politisch engagierten, ist religiös gebunden und zählte somit zur Minderheit in der überwiegend atheistisch geprägten DDR-Bevölkerung. Zweifelsfrei weist die christliche Sozialisation auf eine gewisse ablehnende Haltung gegenüber der DDR bzw. auf eine mögliche Distanz zu ihren soziokulturellen, politischen und nicht zuletzt ideologischen Regeln und Normen hin. Dem-



zufolge begannen sich Frauen wie die Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm (Bündnis 90/Die Grünen) oder Waltraud Wolff (SPD) in der Regel unter dem Schutz - zumeist der evangelischen - Kirche zusammen mit Gleichgesinnten politisch zu engagieren²¹. Auf Grund ihrer unbelasteten Lebensläufe waren diese Frauen in den sich neu formierenden bzw. neu gegründeten Parteien reizvolle Aspirantinnen für eine mögliche politische Karriere im vereinten Deutschland.

Eine *zweite* Gruppe der Aktivistinnen *der ersten Stunde* engagierte sich politisch in der Wendezeit, weil sie mit dem DDR-System generell unzufrieden war und sich nach Demokratie und vor allem Meinungsfreiheit sehnte. Ihre Wahl für ein Engagement in einer Partei hing vorwiegend von den entsprechenden Parteiprogrammen und der möglichen Identifikation mit ihr ab.

Eine *dritte* Gruppe der politischen Aktivistinnen *der ersten Stunde* schloss sich einer Partei auf Grund familiärer Verflechtungen an. Ihre Familie, d.h. Eltern, Großeltern usw., hatte bereits eine starke Neigung oder gar Bindung zu dieser Partei. Mitunter war bereits ein Familienmitglied vor 1933 in der entsprechenden Partei organisiert, wie z.B. im Fall der ehemaligen Landtagsabgeordneten der Linken, Gudrun Tiedge, deren Großvater schon für die KPD in der Weimarer Republik als Abgeordneter tätig war. In anderen Fällen bewunderte ein naher Verwandter schon lange eine Politikerpersönlichkeit aus den alten Bundesländern²².

3.2 Parteienengagement nach der Wiedervereinigung

Ostdeutsche Politikerinnen, die zu DDR-Zeiten keiner Partei angehörten, aber - wie aufgezeigt - häufig religiös gebunden waren und sich frühzeitig in der Zeit des Epochenwechsel politisch engagierten und in eine Partei eintraten, bilden die größte Gruppe unter den interviewten Frauen. Politische Aktivistinnen wie Kathrin Budde (SPD) hatten auf Grund ihrer *Vita* in allen Parteien hervorragende Möglichkeiten auf eine Karriere als Politikerin im wiedervereinten Deutschland.

Als *zweite* Gruppe sind die ostdeutschen Politikerinnen *der ersten Stunde* zu klassifizieren, die zu DDR-Zeiten Mitglied einer Blockpartei waren; dies gilt beispielsweise für Cornelia Pieper, damals LDPD, heute FDP oder für die ehemalige Landrätin des Landkreises Aschersleben, Sachsen-Anhalt, und heutige Bundestagabgeordnete der CDU, Heike Brehmer. Die Blockparteien wurden in der Wendezeit einer analogen Westpartei angegliedert. Die Frauen blieben ihrer Partei „treu“ und machten schließlich als Abgeordnete Karriere. In der Regel

übten sie keine Funktion in den Blockparteien zu DDR-Zeiten aus und beschränkten sich auf eine passive Mitgliedschaft. Ihr Entschluss, Mitglied einer Blockpartei zu werden, war unterschiedlich motiviert. Einmal führten die Frauen die familiäre Tradition fort, wenn Eltern und/oder Großeltern bereits Mitglieder dieser Partei waren und sich z.B. als Bauern in der DBD organisiert hatten. Die späteren Politikerinnen hatten häufig nicht hundertprozentig die propagierten Leitlinien und Ideologie verinnerlicht und standen dem DDR-Staat zum Teil kritisch gegenüber. Daher sahen sie die Blockpartei oft auch als Schutzraum, um Werbeversuchen der SED zu entgehen. Diese Frauen hatten ebenfalls sehr gute Chancen für eine politische Karriere und die Möglichkeit, einen der vorderen Listenplätze bei den ersten freien, demokratischen Wahlen zu erlangen.

Eine *weitere* Gruppe von Frauen war zu DDR-Zeiten Mitglied in der SED und engagierte sich in der Wendezeit in der neu formierten PDS, der heutigen Die Linke. Da sie keine Funktionärinnen waren, war es ihnen möglich, in der gesellschaftlichen Umbruchphase und im Zuge des Demokratisierungsprozesses Karriere zu machen. Die PDS benötigte, um sich von dem „alten“ und „belasteten“ Image der Altherrenriege der SED zu befreien, unbelastete politische AktivistInnen, die nicht zu eng mit der SED-Diktatur verflochten waren. Auf Grund dessen hatten auch junge Frauen, wenn sie der neuformierten Partei treu blieben und sich in der frühen Wendezeit in der PDS engagierten, sehr gute Aussichten auf einen Sitz in den Parlamenten²³. Prominentes Beispiel ist Dagmar Enkelmann, die seit 2005 Parlamentarische Geschäftsführerin der Linken-Fraktion im Deutschen Bundestag ist.

Diese Gruppen haben gemein, dass sie im Mannheim'schen Sinne nicht nur eine gemeinsame *Generationslagerung* aufweisen, d.h. dass sie „im selben historisch-sozialen Raume – in derselben historischen Lebensgemeinschaft“ (Mannheim 1980: 542f.) geboren wurden. Indem sie durch ihre gemeinsamen Erfahrungen und Erlebnisse in der Wendezeit eine Art Schicksalsgemeinschaft darstellten und somit „an den geistigen Strömungen der Zeit“ teilhatten (ebenda), bildeten sie ebenfalls einen „Generationszusammenhang“.²⁴

Eine *andere* Gruppe von Politikerinnen war zu DDR-Zeiten ebenfalls Mitglied in der SED, ist heute aber nicht für Die Linke, sondern für eine andere politische Partei als Abgeordnete tätig. Diese Frauen, die in der Studie jedoch unterrepräsentiert sind, konnten in der gesellschaftlichen Umbruchphase noch nicht den Grundstein für ihre Politiklaufbahn legen. Demzufolge gestaltete sich ihr Ein- und



Aufstieg in die Politik häufig weitaus schwieriger als bei den vorherigen Gruppierungen, da in der folgenden Zeit die „männliche“ Prädominanz bereits wieder bestens funktionierte. In der Regel entwickelten die Frauen erst Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, z.B. über den Beruf, eine Affinität zu einer Partei. Beispielsweise begannen sie, wie die amtierende Bürgermeisterin von Brandenburg, Dietlind Tiemann (CDU), ihr Politikengagement über den der CDU nahestehenden Wirtschaftsverband. In anderen Fällen engagierten sie sich über die Gewerkschaft in der SPD²⁵.

Einer *weiteren* Gruppe von Politikerinnen, die ebenfalls ihre Mandate durch eine, zum Teil *harte*, sogenannte „Ochsentour“ erkämpfen mussten, war es auf Grund ihrer „Generationslagerung“ (Mannheim 1963: 542) nicht möglich, wie die Frauen der „ersten“ Generation ostdeutscher Politikerinnen von den einmaligen Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten zu profitieren, weil sie zur Wendezeit noch im Kindes- oder Jugendalter waren. Die Politikerinnen Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) ist ein Beispiel dafür. Abweichend von den Vertreterinnen der anderen Gruppen waren diese jungen Frauen auf Grund ihres Alters nicht gezwungen, sich mit ihrer eigenen politischen DDR-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Daher ist bei dieser Gruppe von Frauen, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer größer werden wird, davon auszugehen, dass sich ihre Zugangs- und Aufstiegsbedingungen ähnlich denen der in den alten Bundesländern aufgewachsenen Frauen gestalten werden, d.h. mit dem Engagement in einer Jungorganisation einer Partei und einem Durchlaufen der parteitypischen „Ochsentour“.

3.3 Zugangs- und Aufstiegsbedingungen ostdeutscher Frauen in die/der Politik

3.2.1 Die Mentorenschaft

Ein „männliche“ Zugangsweg, um sich gegen die männliche, aber auch gegen die weibliche Konkurrenz im Politikgeschäft durchzusetzen, ist die sogenannte „Mentorenschaft“ durch einen einflussreichen männlichen Politiker. Kontextuell war und ist ostdeutschen Top-Politikerinnen bewusst, dass sie den Sprung an die politische Spitze und die Überwindung der nach wie vor bestehenden *androzentristischen* Strukturen vor allem durch die Unterstützung einer männlichen mächtigen Politikerpersönlichkeit schaffen können. Indem ein einflussreicher männlicher Politiker die politische Karriere seines Zöglings tatkräftig und gezielt förderte, war es einer solchen Nachwuchspolitikerin möglich, die *androzentristischen* Strukturen unter dem Schutz ihres Mentors zu überwinden, ohne die

zahlreichen, sonst bestens funktionierenden, „männlichen“ Abwehrmechanismen zu spüren zu bekommen. In diesem Kontext lassen sich bei der Mentorenschaft *zwei* unterschiedliche Arten ausmachen:

Zum einen gibt es die politischen Aktivistinnen, die von Beginn ihrer Politiklaufbahn an von männlichen Politikerpersönlichkeiten gezielt gefördert wurden. Gerade ostdeutsche Aspirantinnen, die sich in den *ersten* Stunden des gesellschaftlichen Umbruchs politisch engagierten und die bereit waren, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, gelangten in die Obhut eines Mentors. Förderer der politischen Karrieren von Ostparlamentarierinnen waren oft männliche Top-Politiker aus den alten Bundesländern mit viel Macht und Einfluss wie Parteivorsitzende, (ehemalige) Bundesminister, Ministerpräsidenten oder gar der (damalige) Bundeskanzler. Durch die Unterstützung und Macht ihres Förderers waren diese politische Aktivistinnen von Beginn an stark begünstigt gegenüber ihren KontrahentInnen, die sich ihren Weg in die Politik selbst erkämpfen mussten. Prominente Beispiel-Paare sind Hans-Dietrich Genscher und Cornelia Pieper, Joachim Vogel und Dagmar Schipanski und nicht zuletzt Helmut Kohl und Angela Merkel.

Eine *zweite* Gruppe der ostdeutschen Politikerinnen, die ebenfalls den Sprung in die Politik realisieren konnten, erfuhr keine derartige Unterstützung zu Beginn ihrer Karriere. Diese Frauen mussten sich auf ihrem Weg in das Parlament und / oder in ein zentrales politisches Amt anfangs allein durchsetzen. Wie die Rekonstruktion und die damit einhergehenden Erinnerungen der Politikerinnen offenbaren, zeichneten sich diese politischen Aspirantinnen aber durch hervorragende Arbeit, z.B. in einem „männlich“ konnotierten Politikfeld wie Wirtschaft, Arbeit oder Finanzen aus. Dadurch gerieten sie allmählich in den Blick mächtiger Politiker. Indem die entsprechende Abgeordnete bewies, dass sie in der Lage ist, die an sie gestellte Rollenerwartung optimal auszuüben, unterstützte der Politiker sie schließlich bei ihren politischen Intentionen wie etwa im Kampf um ein einflussreiches Amt. Ein Beispiel dafür ist die ehemalige Wirtschaftsministerin und heutige SPD-Vorsitzende von Sachsen-Anhalt, Katrin Budde. Sie war bereits 1990 im Landtag von Sachsen-Anhalt im Politikressort *Wirtschaft* tätig, leistete sehr gute Arbeit und konnte schließlich unter Obhut und mit der Unterstützung des damaligen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reinhardt Höppner, zur ersten und bisher einzigen ostdeutschen Wirtschaftsministerin aufsteigen.



3.3.2 Das „Frauenticket“

Eine weitere Gruppe ostdeutscher politischer Aktivistinnen schaffte den Aufstieg in die politische A-Liga durch das mehr oder weniger „obligatorische Frauenticket“. Häufig mussten sie sich am Anfang ihrer Karriere in einem klassischen Politikressort oder in entsprechenden helfenden Zuarbeiten für die männliche Politikprominenz bewähren, d.h. sie mussten ihre Tüchtigkeit und ihr Talent im engen Rahmen nur sehr begrenzter Kommunikations- und Handlungskompetenzen beweisen. Durch ein plötzlich auftretendes politisches *Machtvakuum* und das Fehlen einer fähigen männlichen zentralen Politikerpersönlichkeit wurden sie, da sie sich bereits im Umkreis eines mächtigen männlichen Abgeordneten „bewährt“ hatten, für ein herausragendes Amt berücksichtigt. Auch die ostdeutsche Politikprominenz konnte so anfangs vom Frauenticket profitieren. So war Angela Merkel zunächst, von 1991 bis 1994, Bundesministerin für Familie und Jugend, und Cornelia Pieper beschäftigte sich als Landtagsabgeordnete im Landtag Sachsen-Anhalts zum Anfang vorwiegend mit Familien- und Sozialpolitik. Das gilt ebenso für das jüngste prominente Beispiel, Christine Lieberknecht (CDU), die zur *ersten* Ministerpräsidentin in den neuen Bundesländern gewählt wurde, die sich zunächst als Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit einen positiven Ruf erarbeitete. Erst nach dem Skiunfall des damaligen Ministerpräsidenten Dieter Althaus am 1.1. 2009, wobei eine vierfache Mutter tödlich verletzt wurde und in dessen Folge Althaus nicht mehr zu halten war, wurde sie zur *ersten* ostdeutschen Ministerpräsidentin gewählt. Zu diesem Zeitpunkt mangelte es an fähigen männlichen Kandidaten in ihrer Partei.

Die Darstellung der Aufstiegskarrieren der Politikerinnen verdeutlicht, dass sich oftmals das politische Handeln, die Energien und die Kompetenzen der Parlamentarierinnen erst durch eine Vermischung von „*Patronats- und Machtvakuumbedingungen*“ entfalten konnten. Die Rekonstruktion der Erinnerungen der befragten ostdeutschen Politikerinnen zeigt, dass die Gestaltung der speziellen politischen „Zugangswege und Profilentfaltungen“, die sich in spezifischen „weiblichen“ und „männlichen“ Politikstilen oder auch in deren Vermischung niederschlagen, oft von politischen Vorbildern geprägt ist. Tendenziell sind vor allem Parlamentarierinnen, die bereits frühzeitig im Laufe ihres Sozialisationsprozesses und/oder ihrer Politikkarrieren von einem männlichen Vorbild unterwiesen wurden, auch häufig in ihrem *Orientierungs- und Präsentationsprofil* von ihnen auch heute noch geprägt.

4. Karrieren ostdeutscher Frauen im vereinten Deutschland

4.1 Ein Vorab

Trotz der weiblichen Erfolge in der Wendezeit, die als *tabula-rasa*-Situation zunächst und kurzzeitig für beide Geschlechter ähnliche Startbedingungen bot, um nach westdeutschem demokratischem Vorbild eine Politikszene aufzubauen, zeichnet sich das demokratische System und die Parteilandschaft im vereinten Deutschland durch eine quantitative und qualitative Unterpräsenz von Frauen aus. Dies verwundert auf den ersten Blick, begann doch am 22. November 2005, an dem Tag, als Angela Merkel (CDU) zur *ersten Bundeskanzlerin* Deutschlands gewählt wurde, ein *neues* Kapitel in der Geschichte der Bundesrepublik. Ihre und andere Ausnahmekarrieren von Politikerinnen aus den neuen und alten Bundesländern zeigen, dass es für das weibliche Geschlecht heute prinzipiell möglich ist, die mächtigsten und einflussreichsten politischen Ämter zu erobern. Die Brisanz und Ambivalenz, die die Wahl Merkels mit sich brachte, zeigt sich z.B. daran, dass sogar die Gesellschaft für Sprache „Bundeskanzlerin“ zum Wort des Jahres 2005 kürte und ihre Entscheidung damit begründete, dass vor wenigen Jahren eine Frau an der Regierungsspitze klassisch als „Bundeskanzler“ tituliert worden wäre. Dass „Bundeskanzlerin“ sogar „Gammelfleisch“ abgehängt hatte, schien beispielsweise auch der Süddeutschen Zeitung einen amüsanten Beitrag und eine Überschrift wert zu sein (Holtz-Bacha 2007: 80: „Bundeskanzlerin vor Gammelfleisch“). Die Frauen haben tendenziell in der bundesdeutschen Demokratie jedoch „weniger politische Stimme“ als Männer (Sauer/Wöhl 2011: 1). Demzufolge ist Birgit Sauer und Stefanie Wöhl zuzustimmen, wenn sie sagen: „Die Bundesrepublik ist noch immer eher als ‚Androkratie‘, also als ‚Männerherrschaft‘²⁶, denn als ‚Demokratie‘, also als ‚Volkherrschaft‘, zu bezeichnen (ebenda: 2). Dies zeigt die ambivalente Situation, in der sich Politikerinnen aus Ost und West zu Beginn des neuen Jahrtausends befinden. Gerade weil die Politikbranche in ihrem gesamten Wirken, in ihrem Verfahren und ihren Regeln durch die „männliche“ Tradition geprägt ist, wird verständlich, dass die Politik in der öffentlichen Wahrnehmung zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch immer als „Männerdomäne“ definiert und wahrgenommen wird. In ihr sind einerseits alle durch die Sozialisation erworbenen klassischen, den Männern zugeschriebenen Eigenschaften wie Machtstreben oder Durchsetzungsfähigkeit gefragt. Darüber hinaus werden männliche Kinder und Jugendliche in ihrer Primärsozialisation auch heute noch stärker als weib-



liche auf die Eroberung von Macht- und Einflusspositionen ausgerichtet. Darüber hinaus erwartet auch die Öffentlichkeit noch immer eher eine „männliche“ Profilausrichtung der Politikerrolle, gerade in „männlich“ konnotierten Politikfeldern und -ämtern. So fördern die Medien ebenfalls gern das Bild von Politikerinnen als „integrierte Außen-seiterin“ und bedienen dieses (Holland-Cunz 2005: 139). Nicht zufällig musste sich auch Angela Merkel nach der *Kanzlerfrage* innerhalb der CDU/CSU für die Wahl 2002, die zugunsten von Edmund Stoiber ausging, im *Spiegel* vom 29.12.2001 die Frage gefallen lassen: Ist die Gesellschaft bereit für eine Kanzlerin? (Hoecker 2007: 7). Und auch die *Frankfurter Allgemeine* stellte drei Tage nach dem legendären Frühstück in Wolfratshausen fest: „Frau Merkels Desaster ist nicht zuletzt ein PR-Problem, und das scheint ganz ursächlich damit zusammenzuhängen, dass sie eben eine Frau ist und von den Medien mit Erwartungen konfrontiert wird, die an Männer in vergleichbaren Positionen nicht gestellt werden. Stichwort: Frisur“ (Brauck 2001: 56). In der Medienwelt scheint sich jedoch die Stimmung im Hinblick auf solche Äußerlichkeiten zu wandeln, wenn sich Politikerinnen in einem mächtigen Amt bewährt haben. So wurden nach der Wahl Angela Merkels zur Kanzlerin Schweißflecke auf ihrem Kleid bei den *Richard-Wagner-Festspielen* 2006 auf den Bildern retuschiert. Dass Merkel mittlerweile von den Medien nicht nur toleriert, sondern auch akzeptiert wird, zeigt sich z.B. daran, dass Medienvertreter nach Merkels Auftreten als EU-Ratspräsidentin im Anschluss an den *G-8-Gipfel* 2008 beeindruckt waren. Ihre Auseinandersetzungen mit Putin und Bush - den einen forderte sie auf, der Opposition mehr Rechte zu gewähren, den anderen zwang sie mit sanftem Druck zu einem, wenn auch

bescheidenen Einlenken beim Klimaschutz - hätten ihr ein Jahr zuvor die Medienvertreter wohl nicht zugetraut. Die Medien feierten sie nach dem Gipfel in Heiligendamm als „*Miss-World* (Bild)“ bis zur „*Königin der Welt für die Tage*“ (Die Welt), von „*Auf dem Gipfel der Macht*“ bis zur „*Gipfelmutter*. Das Bild einer strahlenden Angela Merkel im großen Strandkorb zwischen George W. Bush und Wladimir Putin, beide artig lächelnd, machte die Runde in der Weltpresse. Wer erinnert sich da noch an bösar-tige Karikaturen im deutschen Satireblatt *Titanic*, das im Jahr 2005 ein besonders unvorteilhaftes Merkel-Foto mit dem Titel „*Darf so was Kanzler werden?*“ auf das Cover setzte (Brandstaller 2007: 102).

Daher überrascht es nicht, dass es Männern in der Politikbranche noch immer leichter gemacht wird, ihrer traditionellen „männlichen“ Geschlechtsidentität (Goffman 1994: 111) gerecht zu werden.

4.2 Die quantitative Unterrepräsentanz von ostdeutschen Politikerinnen in den Parlamenten

Ungeachtet aller Gleichstellungsbestrebungen²⁷ von Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen oder Die Linke, die ein progressives Frauenbild proklamieren, gibt es gegenwärtig keine egalitäre Verteilung zentraler Positionen nach Geschlecht. Indem Frauen wie Angela Merkel, Claudia Roth, Christine Lieberknecht oder Hannelore Kraft bisher nur Ausnahmen an der Spitze deutscher Politik darstellen, ist davon auszugehen, dass sich in der Politikbranche der verfassungsrechtliche Grundsatz der Gleichberechtigung (Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes) noch längst nicht durchgesetzt hat. Die Zahlen sprechen hierbei für sich:

Tabelle 1: Frauenanteil in den Landtagen der neuen Bundesländer²⁸

Bundesland	Anzahl der Abgeordneten	Anzahl der Männer	Prozent	Anzahl der Frauen	Prozent
Mecklenburg-Vorpommern	65	49	75,38	16	28,2
Brandenburg	88	53	60,23	35	39,77
Sachsen-Anhalt	105	72	68,57	33	31,43
Sachsen	132	93	70,45	39	29,55
Thüringen	88	55	62,50	33	37,50
Gesamt	478	322	67,36	156	32,64

Quelle: Stefan Lindmann, s.u.

(www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/fuehrungsfrauen_101html /Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg, http://www.lpb-bw.de/frauenanteil_laenderparlamenten.html²⁹)



Zwischen den einzelnen Parteien sind somit große Differenzen erkennbar. Auffällig ist, dass Parlamentarierinnen aus den neuen Bundesländern in Parteien mit einer anspruchsvollen freiwilligen „Frauenquote“ wie Bündnis 90 /Die Grünen und Die Linke (50 Prozent) weitaus weniger oder zum Teil gar nicht auf den ersten Blick, quantitativ, unterrepräsentiert sind. Kontrastierend zu Parteien mit geringerer Selbstverpflichtung auf eine Frauenquote wie der CDU („Quorum“ von 30 Prozent mit Ausnahmemöglichkeiten) oder gar keiner Quotie-

rungsregelung³⁰ wie der FDP, gelingt es den ambitionierteren Parteien tatsächlich, der Unterrepräsentanz durch Gleichstellungsbestrebungen wie Frauenlisten und konkrete numerische Vorgaben positiv entgegenzuwirken. Dieser Eindruck wird bei der Auflistung der *fünf* Landtage aus den neuen Bundesländern bestätigt.

Tabelle 2: Frauenanteil im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern³¹:

Fraktion	Abgeordnete	Männer	Prozent	Frauen	Prozent
CDU	22	19	86,36	3	13,64
SPD	23	17	73,91	6	26,09
Die Linke	13	7	53,85	6	46,15
FDP	7	6	85,71	1	14,29
Gesamt	65	49	75,38	16	24,62

Quelle: www.landtag-mv.de

Tabelle 3: Frauenanteil im Landtag von Brandenburg³²:

Fraktion	Abgeordnete	Männer	Prozent	Frauen	Prozent
CDU	19	12	63,16	7	36,84
SPD	31	21	67,74	10	32,26
Die Linke	25	12	48,00	13	52,00
FDP	7	5	71,43	2	28,57
Bündnis 90/ Die Grünen	5	2	40,00	3	60,00
fraktionslos	1	1	100,00	-	-
Gesamt	88	53	60,23	35	39,77

Quelle: www.landtag.brandenburg.de



Tabelle 4: Frauenanteil im Landtag von Sachsen-Anhalt

Fraktion	Abgeordnete	Männer	Prozent	Frauen	Prozent
CDU	41	35	85,37	6	14,63
SPD	26	17	65,38	9	34,62
Die Linke	29	16	55,17	13	44,83
Bündnis 90/ Die Grünen	9	4	44,44	5	55,56
Gesamt	105	72	68,57	33	31,43

Quelle: www.landtag.sachsen-anhalt.de

Tabelle 5: Frauenanteil im Landtag von Sachsen³³

Fraktion	Abgeordnete	Männer	Prozent	Frauen	Prozent
CDU	58	48	82,76	10	17,24
SPD	14	8	57,14	6	42,86
Die Linke	29	14	48,28	15	51,72
FDP	14	12	85,71	2	14,29
Bündnis 90 / Die Grünen	9	4	44,44	5	55,56
NPD	8	7	87,50	1	12,50
Gesamt	132	93	70,45	39	29,55

Quelle: www.landtag.sachsen.de

Tabelle 6: Frauenanteil im Landtag von Thüringen

Fraktion	Abgeordnete	Männer	Prozent	Frauen	Prozent
CDU	30	22	77,33	8	26,67
SPD	18	12	66,67	6	33,33
Die Linke	27	12	44,44	15	55,56
FDP	7	6	85,71	1	14,29
Bündnis 90 / Die Grünen	6	3	50,00	3	50,00
Gesamt	88	55	62,50	33	37,50

Quelle: www.landtag.thueringen.de

Bei Bündnis 90/Die Grünen kann von Geschlechterparität und formeller Gleichberechtigung gesprochen werden, weil die Geschlechter mit etwa 50 Prozent oder mehr zugunsten der Frauen vertreten sind. Der Frauenanteil in der Partei Die Linke

bewegt sich nur knapp darunter und liegt zwischen 40 bis 55,56 Prozent. Aus diesem Grund lässt sich resümieren, dass bei den Linken die Geschlechter in den Parlamenten etwa gleich stark verteilt sind. Kontrastierend dazu ist der weibliche Anteil bei



den Abgeordneten der SPD, die eine Frauenquote von 40 Prozent festgelegt hat, geringer und bewegt sich zwischen 26,09 bis 42,86 Prozent in den Landesparlamenten der neuen Bundesländer. In der CDU sind die Frauen in den ostdeutschen Landtagen noch stärker quantitativ unterrepräsentiert, denn ihr Anteil pendelt sich bei 13,64 bis 36,84 Prozent ein. Dass die Männer in der Politik überrepräsentiert sind, wird aber besonders deutlich bei der FDP, wo der Frauenanteil zwischen 14,29 und 28,58 Prozent liegt.

Die Zahlen zeigen, dass ostdeutsche Politikerinnen, trotz der Ausnahmesituation 1989/1990, die viele von ihnen nutzen konnten, um in die Parlamente einzuziehen, dennoch gegenüber dem männlichen Geschlecht das Nachsehen haben. Die Zahlen beweisen, dass ostdeutsche Politikerinnen in den Landesparlamenten unterrepräsentiert sind. Bereits bei dieser ersten Betrachtung ist erkennbar, dass man noch längst nicht von einer Gleichberechtigung im wiedervereinten Deutschland sprechen kann.

4.3 Qualitative Unterpräsenz von ostdeutschen Frauen in den Parlamenten

Dass ostdeutsche Parlamentarierinnen insbesondere bei der Verteilung der wichtigsten politischen Ämter immer noch weniger Berücksichtigung finden, zeigt, dass ihre Handlungsmöglichkeiten in der Politik, trotz der einmaligen Handlungsmöglichkeiten und Karrierechancen im Zuge der Wende sehr begrenzt sind und nur ein geringer Anteil von ihnen den Sprung in den engsten politischen Macht- und Einflusszirkel realisieren konnte. Dies wird schon auf der Kommunalebene, bei der Betrachtung der amtierenden OberbürgermeisterInnen, ersichtlich. Nur in zwei der 16 bedeutendsten ostdeutschen Städte³⁴, in Halle³⁵ und Dresden, stellen Frauen die Oberbürgermeisterinnen. Eine ähnliche Tendenz lässt sich auch bei den Landräten erkennen. Nach der Abwahl von Heike Bremer (CDU) gibt es beispielsweise in Sachsen-Anhalt keine Landrätin mehr. Diese Fakten machen deutlich, dass politisch ambitionierte Frauen schon auf der Kommunalebene weniger Zugang zu Macht und Einfluss in der Politik haben. Bereits hier sind die Frauen qualitativ unterrepräsentiert. Auch auf höheren politischen Ebenen bestätigt sich dieser Eindruck³⁶. So sind z.B. die ostdeutschen Landesvorsitzenden der einzelnen Parteien hauptsächlich männlichen Geschlechts. Bündnis 90/Die Grünen haben ihre Spitze traditionell mit beiden Geschlechtern doppelt besetzt. In den neuen Bundes-

ländern wird die CDU in Brandenburg durch Saskia Ludwig und in Thüringen durch Christine Lieberknecht weiblich geführt. Auffällig ist, dass die Partei Die Linke, obwohl sie die *relative* Frauenquote eingeführt hat, nur eine weibliche ostdeutsche Landesvorsitzende, in Sachsen-Anhalt Birke Bull, aufzuweisen hat. Demgegenüber wird die Partei aber seit Mai 2010 von einer Geschlechterdoppelspitze (erst Gesine Löttsch und Klaus Ernst, seit Juni 2012 Katja Kipping und Bernd Riexinger) geführt. Auch in den wichtigsten politischen Ämtern sind Frauen im Osten unterrepräsentiert. Mit Christine Lieberknecht (CDU) wird nur ein ostdeutsches Bundesland von einer Frau regiert. Nichtsdestotrotz ist auffällig, dass das weibliche Geschlecht nicht mehr nur in der Politik in den Bereichen tätig ist, welches ihrem „weiblich“ konnotierten Tätigkeitsprofil entspricht. Beispielsweise ist das Finanzministerium, ein Ressort, welches jahrzehntelang für das weibliche Geschlecht unerreichbar schien, sogar in zwei ostdeutschen Regierungen, in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, mit einer Frau besetzt. In „harten“ Politikressorts wie Finanzen, Arbeit oder vor allem Wirtschaft, die dem klassisch „männlich“ konnotierten Tätigkeitsprofil entsprechen, hat sich auf der ministeriellen Ebene offenbar eine annähernde politische Gleichberechtigung vollzogen. Und auch zwei Justizministerien werden in den neuen Bundesländern von Frauen geführt. Nur das Wirtschaftsministerium scheint vorerst weiter eine *reine* Männerdomäne zu bleiben. Lediglich einmal in der ostdeutschen Geschichte wurde das Wirtschaftsressort, wenn auch kurzzeitig, von einer Frau, Katrin Budde (SPD), in Sachsen-Anhalt geleitet. Dementsprechend scheinen politische Aspirantinnen immer noch eher für *weiche* Politikfelder wie Familie, Frauen oder Jugend prädestiniert zu sein. So wird in vier Regierungen im Osten Deutschlands das Ressort für Familie von einer Frau geleitet.

Dieser Tatbestand spiegelt sich auch im aktuellen Bundestag wider. Die Zahlen bestätigen die Tendenz, die bereits auf der Landesebene sichtbar wurde, dass die Politikbranche nach wie vor „männlich“ dominiert wird, denn mit einem Anteil von 32,80 Prozent sind Politikerinnen aus Ost und West auch auf der Bundesebene unterrepräsent, auch wenn der Anteil zwischen den Parteien stark schwankt³⁷.


Tabelle 7: Weibliche und männliche Abgeordnete im 17. Deutschen Bundestag³⁸

Partei	Abgeordnete	Männer	Prozent	Frauen	Prozent
CDU	194	152	78,35	42	21,65
SPD	146	90	61,64	56	38,36
FDP	93	70	75,27	23	24,73
Die Linke	76	36	47,37	40	52,63
Bündnis 90 /Die Grünen	68	31	45,59	37	54,41
CSU	45	39	86,67	6	13,33
gesamt	622	418	67,20	204	32,80

Quelle: www.bundestag.de

Dass Frauen in der Politik immer noch im besonderen Maße unterrepräsentiert sind, zeigt sich auch auf der Bundesebene. Gerade Politikerinnen aus den neuen Bundesländern spielen hier, bis auf wenige prominente Ausnahmen, eine eher untergeordnete Rolle. Angela Merkel führt zwar ein 16-Personen-starkes Kabinett an, aber neben ihr gibt es lediglich fünf Frauen, die als Bundesministerinnen tätig sind. Dabei sind die Frauen vor allem in *weichen* oder in geschlechtsneutralen Ressorts tätig und führen diese, ungeachtet dessen, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik das Ministerium für Arbeit und Soziales von einer Frau, Ursula von der Leyen, geleitet wird. Außerdem wurde *keine* Ostdeutsche in das Amt einer Bundesministerin berufen; demnach scheinen ostdeutsche Politikerinnen nicht nur gegenüber ihren männlichen Kontrahenten, sondern auch gegenüber ihren westdeutschen Geschlechtsgenossinnen in dieser Hinsicht benachteiligt zu sein, selbst wenn die Bundeskanzlerin ostdeutscher Herkunft ist. Ebenso sind nur *zwei* der fünf Parteivorsitzenden, d.h. mit Angela Merkel (CDU) und Katja Kipping als Teil der Linke-Doppelspitze, als ostdeutsche Frauen in den bundesdeutschen Spitzen einer Partei vertreten. Lediglich Bündnis 90/Die Grünen werden mit ihrer Doppelspitze traditionsgemäß noch durch eine Frau geführt. Bei der Betrachtung der Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag ist auffällig, dass hier das weibliche Geschlecht ebenso qualitativ unterrepräsentiert ist. Nur bei Bündnis 90/Die Grünen wird die Spitze paritätisch weiblich und männlich

besetzt. In den anderen Fraktionen gibt es keine Frau in ihrer Spitze. Ebenfalls werden andere mächtigste politische Ämter wie die des Bundespräsidenten, des Bundestagspräsidenten oder der Generalsekretäre der Parteien von Männern besetzt. Allerdings sind unter den fünf VizepräsidentInnen des Deutschen Bundestags gegenwärtig drei politische Aktivistinnen. Dazu zählt auch die Ostdeutsche Petra Pau (Die Linke). Sie war allerdings nur die *zweite* Wahl ihrer Fraktion. Sie konnte erst dann erfolgreich kandidieren, als auf Grund von Stasi-Vorwürfen die Wahl des damaligen Parteivorsitzenden der Linken, Lothar Bisky, misslang. Petra Paus Ernennung zur Vizepräsidentin ist somit von der Komponente *Zufall* oder *Machtvakuum* geprägt³⁹.

5. Kontrastierender Vergleich der Präsenz ostdeutscher und westdeutscher Frauen in der Politik

Dass die größeren und mächtigeren „*männlicher*“ Peergemeinschaften, Seilschaften und Machtkartelle und die damit verbundenen Widerstandskulturen immer noch bestens funktionieren und der weiblichen Konkurrenz und der Karriereentfaltung von Frauen in der Politik oft konterkarierend entgegenwirken, zeigt auch der Ost-West-Vergleich bei Betrachtung der Frauenanteile in allen Länderparlamenten in Deutschland.

**Frauenanteil in den Länderparlamenten⁴⁰**

Bundesland	Abgeordnete gesamt	Abgeordnete Frauen	Frauenanteil in Prozent
Baden-Württemberg	138	25	18,1
Hessen	118	30	25,4
Nordrhein-Westfalen	181	49	27,1
Mecklenburg- Vorpommern	71	21	29,6
Sachsen	132	40	30,3
Bayern	187	58	31,0
Niedersachsen	152	48	31,6
Sachsen-Anhalt	105	34	32,4
Saarland	51	17	33,3
Berlin	151	51	33,8
Schleswig-Holstein	95	35	36,8
Thüringen	88	33	37,3
Hamburg	121	48	39,7
Brandenburg	88	35	39,8
Bremen	83	34	41,0
Rheinland-Pfalz	101	42	41,6

Quelle: http://www.lpb-bw.de/frauenanteil_laenderparlamenten.html



Bei einem Ost-West-Vergleich wird ersichtlich, dass in den Länderparlamenten sowohl Frauen aus den neuen als auch aus den alten Bundesländern quantitativ und in einer ähnlich numerischen Anzahl unterrepräsentiert sind. Demzufolge beträgt der Frauenanteil in den alten Bundesländern 32,7 Prozent. In den neuen Bundesländern sind von 484 Abgeordneten 163 weiblich, was einen Frauenanteil von 33,68 Prozent bedeutet⁴¹. Dieser Tatbestand wird auch bei der näheren Betrachtung dreier westdeutscher Landesparlamente deutlich. Z.B. bewegt sich der weibliche Anteil von Abgeordneten im Bayerischen Landtag aktuell zwischen 15 Prozent (Freie Wähler) und 63 Prozent (Bündnis 90/Die Grünen) (Quelle: Bayerischer Landtag). Auch in Nordrhein-Westfalen, das gegenwärtig durch die Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen von Hannelore Kraft (SPD) als Ministerpräsidentin geleitet wird, sind Frauen nur in den Fraktionen, die keine (FDP, Die Piraten) bzw. eine geringe Quote (CDU) haben, quantitativ unterrepräsentiert. Im Parlament von Nordrhein-Westfalen bewegt sich der Frauenanteil zwischen 15,00 Prozent bis 51,7 Prozent (Quelle: Landtag von Nordrhein Westfalen). Und auch in Hessen bietet sich ein ähnliches Bild, indem sich der weibliche Anteil von Abgeordneten von 5 Prozent (FDP) bis 52,94 Prozent (Bündnis 90/Die Grünen) erstreckt (Quelle: Hessischer Landtag). Dass auch die Frauen in den drei aufgelisteten westdeutschen Landtagen qualitativ unterrepräsentiert sind, zeigt sich beispielsweise daran, dass in der bestehenden Landesregierung aus einer Koalition von CDU und FDP, die von Volker Bouffier (CDU) geleitet wird, nur drei von 10 Ministerposten weiblich besetzt sind. Auffällig ist aber, dass die Ministerinnen weniger in traditionell „weiblich“ konnotierten Politikfeldern arbeiten. So haben beispielsweise Lucia Puttrich (CDU) das Ministeramt für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Stefan Grüttner (CDU) das Sozialministerium inne. Auch bei den Fraktionsvorsitzenden der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien wird nur Die Linke mit ihrer Doppelspitze von Janine Wissler und Willy van Ooyen teilweise weiblich geführt. Selbst Die Grünen haben, trotz ihrer 50 Prozent Quotierung, einen männlichen Fraktionsvorsitzenden, Tarek Al-Wazir.

Auch in der bayerischen Landesregierung, die von Horst Seehofer (CSU) geführt und von einer CSU/FDP-Koalition regiert wird, sind lediglich drei von 11 Ministerposten weiblich besetzt. Im bayerischen Kabinett sind die traditionell „männlich“ konnotierten Politikfelder, beispielsweise das Ministerium für Finanzen mit Martin Söder (CSU), männlich besetzt. Die qualitative Unterpräsenz von Frauen im bayerischen Landtag spiegelt sich auch

in den fünf Fraktionen wider, wo lediglich Bündnis 90/Die Grünen, ihrer Quotierung entsprechend, eine geschlechter-gemischte Doppelspitze, Dr. Martin Runge und Margarete Bause, hat. Lediglich in Nordrhein-Westfalen sind Frauen stärker präsent. So wird dieses Bundesland nicht nur von einer Ministerpräsidentin, Hannelore Kraft (SPD), geleitet, sondern auch ihre Stellvertreterin und gleichzeitige Ministerin für Schule und Weiterbildung, Silvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen), ist weiblich. Generell weist das Kabinett mit fünf von 11 Ministerinnen in diesem Bundesland fast eine Geschlechterparität auf. Auch wenn bei der Besetzung der Ministerpositionen Männer für klassisch „männlich“ assoziierte Politikfelder wie das Finanzministerium (Dr. Norbert Walter-Borjans, SPD) oder das Ministeramt für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (Garrelt Duin, SPD) berufen wurden, ist das weibliche Geschlecht in Nordrhein-Westfalen in sehr geringen Maße von qualitativer Unterpräsenz betroffen. Dennoch zeigt die weibliche Besetzung der Regierungsspitze in Nordrhein-Westfalen, dass im Gegensatz zu Bundesländern, die von Koalitionen ohne bzw. mit geringfügiger Quotierung geführt werden, es für Frauen anscheinend immer noch schwieriger ist, in die zentralsten und mächtigsten politischen Positionen wie die der/des MinisterpräsidentIn oder die/der Fraktionsvorsitzenden vorzudringen.

Der Vergleich zwischen Politikerinnen aus den neuen und alten Bundesländern zeigt, dass Frauen in Ost und West in ähnlicher Anzahl in den Parlamenten präsent sind. Lediglich auf der Kommunalebene weisen die ostdeutschen Politikerinnen einen kleinen *Machtvorsprung* auf – allerdings erst auf den zweiten Blick erkennbar. Dies geht aus dem „zweiten Genderranking deutscher Großstädte“ der *Böll-Stiftung* aus dem Jahre 2010 hervor. Die Autoren gelangen zu dem Ergebnis, dass der Frauenanteil in den Stadträten der ostdeutschen Großstädte (29,4 Prozent) im Vergleich zu den Stadträten westdeutscher Großstädte (33,4) geringer ist. Aber die niedrigeren Anteile ostdeutscher Kommunalpolitikerinnen in den Stadtparlamenten werden durch die stärkere Präsenz in Führungspositionen, insbesondere mit hauptamtlicher Vergütung, in den ostdeutschen Kommunen kompensiert. So beträgt der Anteil weiblicher Fraktionsvorsitzender in den Rathäusern ostdeutscher Großstädte 21,8 Prozent. Im Gegensatz dazu macht ihr Anteil in westdeutschen Großstädten nur 18,5 Prozent aus. Noch deutlicher wird dies bei der Betrachtung der Bürgermeisterinnen. Auch wenn sowohl ostdeutsche als auch westdeutsche Bürgermeisterinnen in Großstädten nur marginal vertreten sind, sind die Frauen aus den neuen Bundesländern mit 18,2



Prozent (zu 11,8 Prozent) deutlich präsenter (Böll-Stiftung 2010). Die Böll-Stiftung führt dies auf die umfassende Frauenerwerbstätigkeit in der ehemaligen DDR zurück, die sich ihrer Meinung nach als gesellschaftliche Norm schon früh und fest etabliert hat, was den Zugang von Frauen in hauptamtliche Positionen in den Parteien erleichtert hätte. In Anbetracht dessen, dass trotz dieses „Machtvorsprunges“ auf der Kommunalebene sowohl ostdeutsche als auch westdeutsche Politikerinnen auf Landes- und Bundesebene ähnlich stark unterrepräsentiert sind, ist die Argumentationslinie der Böll-Stiftung nur eindimensional.

Westdeutsche Aktivistinnen konnten von den zum Ende der sechziger Jahre einsetzenden progressiven Auswirkungen der gesellschaftlichen Entwicklungs- und Wandlungsprozesse wie die *neue Frauenbewegung*, die Bildungsexpansion und die Reformen der siebziger Jahren wie z.B. Reform des Scheidungsrechts 1977, die den Frauen im Familien- und Eherecht viele Vorteile brachten, profitieren. Diese Entwicklung führte zu einem Legitimationsverlust klassischer Weiblichkeits- und Männlichkeitsmodelle in Westdeutschland. Sie brachte z.B. veränderte öffentliche Wahrnehmungen von berufstätigen Müttern und Karrierefrauen, die Einführung von Quotierungsregelungen, numerischen Vorgaben und Frauenlisten der Parteien sowie eine gestiegene Akzeptanz erfolgreicher Mandatsträgerinnen in der Politik mit sich. So stieg die quantitative Repräsentation von Frauen in westdeutschen Parlamenten auf allen politischen Ebenen wie auch in den Regierungen seit den 1970er Jahren sukzessive an (Hoecker 2008; Sauer/Wöhl 2011: 6). Darüber hinaus musste sich die Politikbranche in dieser Zeit den Erfordernissen der Zeit stellen und sich als „moderner“ Organisationstypus präsentieren. Da es auch zunehmend gut ausgebildete Frauen gab, die mit einer gestärkten *Frauensolidarität im Rücken* vehement versuchten, ihre Interesse und Führungsansprüche durchzusetzen, gelang es den weiblichen Abgeordneten ab den 1970er Jahren zunehmend, auf dem politischen Parkett in der einstigen Bundesrepublik präsent zu sein. Nicht zuletzt haben dazu auch ehemalige Spitzenpolitikerinnen wie die *erste* deutsche Bundesministerin überhaupt, Elisabeth Schwarzhaupt (CDU), oder die *erste* deutsche Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Dorothee Wilms (CDU), beitragen. Nicht nur durch diese politischen weiblichen Vorbildern, die durch ihre Pionier- und Vorarbeit zu verbesserten Karrierechancen von Frauen in der Politik beitrugen, scheinen die westdeutschen gegenüber ihren ostdeutschen Kolleginnen begünstigt. Durch ihre 40-jährige längere Erfahrung mit Demokratie und der „Basisarbeit“ in

den Parteien, die für die Bildung und den Aufbau von Netzwerken, Seilschaften und Machkartellen, die als „Rückhalt“ für den Einstieg in der Politik und den Aufstieg, d.h. beim Kampf um einflussreichste Positionen und -ämter wichtig sind, scheinen die westdeutschen Politikerinnen kontextuell im Vorteil. Die ostdeutschen Frauen können auf Grund der 40-jährigen Diktatur und der nicht vorhandenen weiblichen politischen Vorbilder weder auf eine umfassende Erfahrung in der Demokratie, noch auf den „Rückhalt“ einer „Frauensolidarität“, die gerade im Kampf um vordere Plätze mit der männlichen Konkurrenz wichtig sind, zurückgreifen⁴². Diese „Defizite“ scheinen die Politikerinnen, was sich in der fast gleichen Präsenz von ost- und westdeutschen Frauen in den Parlamenten widerspiegelt, durch ihre umfassende Erfahrungen mit „Vollzeitberufstätigkeit“, „Doppelbelastung“ und der damit einhergehenden Belastbarkeit sowie mit berufsbiografischen Ressourcen, die sie unter Umständen für bestimmte „männliche“ Tätigkeitsfelder prädestinieren, zum Teil auszugleichen. Daher ist zu resümieren, dass sich der attestierte „Gleichstellungsvorsprung“ in der ehemaligen DDR in der politischen Partizipation sowohl als Chance als auch als Hindernis für die Politikerinnen auswirkt bzw. ausgewirkt hat und noch auswirken kann. Anzumerken ist, dass die ParlamentarierInnen, die von der Ausnahmesituation des Epochenwechsels profitiert haben, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer weniger in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland präsent sein werden. Demzufolge ist zu vermuten, dass sich die Karriereverläufe von Frauen aus den alten und neuen Bundesländern in Zukunft immer weiter annähern werden, was sich z.B. in gleichen Zugangs- und Aufstiegswegen widerspiegeln wird, d.h. als „Basisarbeit“ in den Jungorganisationen der Parteien und in den „Ochsentouren“. Das lässt den Schluss zu, dass sich für beide Gruppen „die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, also die Mehrfachbelastung und geringe Zeitressourcen von Frauen, als gläserne Decke in der Politik so wie in anderen Karriereberufen auch (*Sozialstrukturthese*)“ (Sauer/Wöhl 2011: 9) auswirkt und auch weiterhin auswirken wird.

6. Schlussbetrachtung

Die Untersuchung, die die Situation ostdeutscher Mandatsträgerinnen in den Mittelpunkt gerückt hat, zeigt, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts, 93 Jahre nachdem Frauen in Deutschland am 19.1. 1919 das Wahlrecht erlangten, das weibliche Geschlecht immer noch in den Parlamenten unterrepräsentiert ist. Dabei zeigt der Beitrag, dass die



quantitative und die qualitative Unterpräsenz von Frauen in den Parlamenten im wiedervereinten Deutschland häufig auf ihre *weibliche* Geschlechtszugehörigkeit und die damit aktivierten zugeschriebenen Stereotypen zurückzuführen ist. Dies erstaunt nicht, werden doch, wie aufgezeigt, Frauen in den Parlamenten und in der (medialen) Öffentlichkeit oftmals mit geschlechtsspezifischen Barrieren konfrontiert. Weil heute Frauen in der Politik längst keine Ausnahmen mehr darstellen, haben sie sich nicht nur mit der männlichen, sondern zunehmend auch mit der weiblichen Konkurrenz auseinander zu setzen⁴³. Weil sich aber die männlichen Abgeordneten immer noch besser auf ihre Seilschaften, Netzwerke und Peer-Gemeinschaften und die damit einhergehenden Kulturen, die der weiblichen Karrierenfaltung widerständig entgegenwirken, bei der Besetzung politischer Ämter verlassen können, verwundert es nicht, dass in der Politik, trotz einiger Brüche, der

Androzentrismus immer noch vorherrscht. Auch die Praktiken, die Männer in ihren täglichen Interaktions- und Sozialbeziehungen vollziehen – beispielsweise durch Ausschluss von Frauen bei der Rekrutierung des Nachwuchses, durch Übergehen oder Stigmatisieren bei parlamentarischen Debatten – erklären, warum die *männliche* Vormachtstellung noch immer funktioniert. Die Quotierung erweist sich, trotz der vielen konträr geführten Diskussionen und wenn sie denn überhaupt vorhanden ist und angewendet wird, als eine erfolgreiche Möglichkeit für Frauen, in der Politik Fuß zu fassen, ihre Eignung für ein entsprechendes Amt vorausgesetzt. Deshalb ist zu schlussfolgern, dass sich die weibliche Geschlechtszugehörigkeit sowohl als Chance, als auch als Erschwernis bei der Integration von Frauen in der Politik im vereinten Deutschland auswirkt. Aus diesem Grund kann noch längst nicht von einer Durchbrechung des geschlechtersegrierten Politikraums gesprochen werden.

7. Fragen

7.1. Benennen und beschreiben Sie die drei Phasen der DDR-Frauenpolitik und ordnen Sie die entsprechenden Leitbilder zu.

7.2. Welchen Stellenwert nahmen Frauen in der DDR-Politik ein?

7.3. Benennen Sie die wichtigsten berufsbiographischen Ressourcen und Voraussetzungen, die ostdeutsch-sozialisierten Frauen den Weg in die Politik im wiedervereinten Deutschland ebneten.

7.4. Welche Bedeutung hat der Zusammenbruch des DDR-Herrschaftssystems für den Ein- und Aufstieg zahlreicher ostdeutscher Frauen für eine Politikkarriere nach 1989?

7.5. Wie äußert sich die quantitative und qualitative Unterpräsenz ostdeutscher Frauen in den Parlamenten im wiedervereinten Deutschland? Welche kausalen Bedingungen sind dafür auszumachen?

8. Weiterführende Links

www.zeit.de > Die Zeit Archiv Jahrgang: 2012 > Ausgabe 26

nachrichten168.eu/.../politikerinnen-was-ostdeutsche-frauen-maechtig.

www.soziale-erinnerung.de/Abstracts_fuer.../Cornelia_Hippmann

www.newsdeutschland.comwww.newsdeutschland.com/.../Politikerin...

www.kleine-verlag.de/artikel_3238.ahtml

www.emanzipation-im-sozialismus.de/seite-8.html

www.whoswho.de/templ/te_bio.php?PID=434&RID=1

www.deutscher-bundestag.de

www.IPb-bw.de/frauenanteil_laenderparlamenten.de

www.landtag.brandenburg.de

www.landtag.bayern.de

www.landtag.hessen.de

www.landtag.mecklenburg-vorpommern.de

www.landtag.nordrhein-westfalen.de

www.landtag.sachsen-anhalt.de

www.landtag.sachsen.de

www.landtag.thueringen.de

9. Literatur

Acker, Joan (1991): Hierarchies, jobs, bodies. Theory of gendered organization. Newbury Park.

Autorenkollektiv (1978): Mitteilungen aus der Anthroposophischen Arbeit in Deutschland, 32. Jahrgang/Heft2, Nummer 124-Johanni. Stuttgart.



Brandstaller, Trautl (2007): Die neue Macht der Frauen. Sieg der Emanzipation oder Krise der männlichen Elite? Wien.

Brauk von, Stefan (2001): Zur Staats- und Ideologietheorie im strukturalistischen Marxismus. Göttingen.

Brendl, Erich (1997): Wandel kompetent managen. Umbruch meistern. Routinefallen mangeln. Neuwied.

Bütow, Birgit/Stecker, Heidi: Mädchenkulturarbeit in Ostdeutschland. Woher? Wohin? Remscheid 1994.

Brandstaller, Traudl (2007): Die neue Macht der Frauen. Sieg der Emanzipation oder Krise der männlichen Elite? Wien.

Eifler, Gunther (1992): Gegenwart und Zukunft der deutschen Einheit. Wien.

Geißler, Rainer (1996): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. Opladen, S. 275-332.

Günter, Andrea (2001): Die „weibliche“ Seite der Politik. Ordnung der Seele, Ordnung der Welt. Opladen.

Hagemann-White, Carol: (1984): Sozialisation: weiblich-männlich. Opladen.

Heinrich Böll-Stiftung (2010): Zweites *Genderranking* deutscher Großstädte. www.boell.de

Hieblinger, Inge (1967): Frauen in unserem Staat. Einige Probleme der Förderung der Frau unter den Bedingungen der technischen-wissenschaftlichen Revolution in der DDR. Berlin.

Hildebrandt, Klaus (1993): Deutsche Nachkriegsgeschichte in ausgewählten Aufsätzen. 1994-1993. Opladen.

Hoecker, Beate (1995): Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch. Opladen.

Hoecker, Beate (2007). Politische Partizipation zwischen Konvent und Konvent. O.O.

Holland-Cunz, Barbara (2005): Die Regierung des Wissens. Wissenschaft, Politik und Geschlecht in der „Wissengesellschaft“. Barbara Budrich, Leverkusen.

Holtz-Bacha, Christina (2003): Die Darstellung von Politikerinnen in den Medien. Über das Zusammenspiel von Politik, Medien und Politik. Frauenfragen.

Höppner, Reinhard (2007): Versuch es doch! 3 % reichen, die Gesellschaft zu verändern. Frankfurt.

Joost, Angela (2000): Arbeit, Liebe, Leben- eigenes Arrangement. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Frauen in Ostdeutschland. Eine empirisch-rekonstruktive Studie. Königstein/Taunus.

Mannheim, Karl (1980): Das Problem der Generation. In: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Eingeleitet und hrsg. K.H. Wolff. Berlin/Neuwied.

Merkel, Ina et. al. (1999): Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR. In: Kaelle, Hartmut/Kocke/ Jürgen Zwahr, Hartmut (Hg.): Sozialgeschichte in der DDR. Stuttgart.

Mocker, Elke/Sauer, Birgit (1991): Demokratischer Frauenbund Deutschland. 1947 - 1989); historisch-systematische Analyse einer DDR-Massenorganisation. Berlin.

Richter, Horst-Eberhardt (2006): Die Krise der Männlichkeit in einer unerwarteten Gesellschaft. Gießen.

Riegraf, Birgit (1996): Geschlecht und Mikropolitik: das Beispiel betrieblicher Gleichstellung. Opladen.

Schöler-Macher, Barbara (1994). Die Fremdheit in der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten. Berlin.

Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (2010): Demokratie und Geschlecht. Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. www.demokratie-deutschland-2011.de/.../Demokratie_und_Geschlecht.

Schröder, Klaus et. a. (1998): Die [DDR](#) : Geschichte und Strukturen. Stuttgart.

Schütze, Fritz (1976): Zur Hervorlockung und Analyse von Erzählungen thematisch relevanter Geschichten im Rahmen soziologischer Feldforschung. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.): Kommunikativer Sozialforschung. München 1976, S. 159-260.

Schütze, Fritz (1977): Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien- dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunaler Machtstrukturen. Universität Bielefeld. Fakultät für Soziologie. Arbeitsberichte und Forschungsmaterialen Nr.1. Bielefeld.

Schütze, Fritz (1981): Prozessstrukturen des Lebensablaufs. In: Joachim Matthes Arno Pfeifenberger & Manfred Stosberg (Hrsg); Biographie in handlungswissenschaftlicher Perspektive. Kolloquium am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum der Universität Erlangen-Nürnberg (S. 67-156). Nürnberg 1981.



Schütze, Fritz (1982): Narrative Repräsentation kollektiver Schicksalsbetroffenheit. In: Lämmert, E. (Hg.): Erzählforschung. Stuttgart, S. 568-590.

Trappe, Heike (1997): Transformation der Erwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen? Marburg.

Wiegand, Heike (1995). Berufstätigkeit und Aufstiegshemmnisse von Frauen. Eine (nicht nur)ökonomische Analyse. Berlin, S.190-230.

Zetkin, Clara (1957): Ausgewählte Reden und Schriften. Band 1. Auswahl aus den Jahren 1889 bis 1917. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Mit einem Vorw. von Wilhelm Pieck.

10. Über die Autorin

Cornelia Hippmann, M.A. geb. 1978 in Wippra, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der TU Dortmund. Forschungsschwerpunkte: Soziologie der Geschlechterverhältnisse, Qualitative Forschungsmethoden, Biographieforschung, Intersektionalität, Mediensoziologie, Soziologie der Emotionen. Ihre Promotion schrieb sie zum Thema „Ostdeutsche Frauen in der Politik. Eine qualitative Analyse“. Derzeit ist sie im Forschungsprojekt: Geschlecht, Milieu, Ethnizität: „Peer-Kulturen“ und schulische Anforderungen in intersektionaler Perspektive, tätig.

11. Veröffentlichungen der Autorin

Hippmann, Cornelia: Die Relevanz eines biographieanalytischen Zugangs zur Erforschung der Handlungsspielräume ostdeutscher Mandatsträgerinnen - zu den methodologischen und theoretischen Grundlagen von Biographie und Geschlecht. In: ZQF - Zeitschrift für Qualitative Forschung. Barbara Budrich Verlag (wurde angenommen).

Hippmann, Cornelia: Der Einfluss von Erinnerungskulturen auf die Karrierechancen ostdeutscher Mandatsträgerinnen im Politikraum. In: Kultur und Konflikt. Transkript 2013 (im Erscheinen).

Hippmann, Cornelia; Howad Olivia: Tagungsbericht. Biographie und Geschlecht. Workshop am 04.07.2011 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. In: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 1/2012.

Hippmann, Cornelia (2012): Gleichberechtigung in der Politik? Karrierechancen und Schwierigkeiten ostdeutscher Frauen im vereinten Deutschland (erscheint in Kürze auf www.gender-politik-online.de).

Hippmann, Cornelia: Frauen bewegen Politik. Österreich 1848-1939. In: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 2/2011.

Oktay, Aktan; Hippmann, Cornelia; Kirchoff, Nicole; Lengersdorf, Diana (2011): Wie viel Emotion verträgt Männlichkeit? Bericht von der siebten Tagung des interdisziplinären Arbeitskreises Männer- und Geschlechterforschung. Stuttgart-Hohenheim 9.-11.12.2010 www.hsozkult.de.

Schubert, Michael; Behrens, Johannes; Hauger, Marlis; Hippmann, Cornelia et al. (2007): Struktur- und Prozessänderungen in der beruflichen Rehabilitation nach der Einführung des SGB II. In: Dornette / Rauch: Berufliche Rehabilitation im Kontext des SGB II. IAB-Bibliothek, 309, S. 7-87.

Hippmann, Cornelia: Das Männerbild in der Zeitschriften- und Fernsehwerbung. Leipzig 2007.

Kontakt:

Cornelia Hippmann

Technische Universität Dortmund

Fakultät 12 Erziehungswissenschaft und Soziologie

Emil-Figge-Straße50
44227 Dortmund

Telefon: 0231/5557882

Email: cornelia.hippmann@tu-dortmund.de

12. Endnoten

¹ Gottschall 1989, Maier 1993 und der Frauenreport `90 geben die Frauenerwerbsquote in der DDR für 1989/1990 mit 78,1 Prozent an. Die Angabe von Bütow/Stecker 1994 erscheint, angesichts der bis zum Ende der DDR nachgesagten umgesetzten Vollzeitberufstätigkeit der Frauen jedoch plausibler. Das Frauenleitbild in der DDR war eindimensional und beschränkte sich auf die berufstätige Mutter. Andere Lebensmodelle waren nicht vorgesehen und jeder Daseinsberechtigung beraubt.

² Durch den offenen Steggreifcharakter und den damit verbundenen dynamisierenden Erzählvorgang wird die Erfahrungsaufschichtung des Gedächtnisses konkretisiert (Glinka). Die Dynamik des Erzählvorgangs und die retropektiven Vorstellungen werden hierbei in Gang gesetzt und versetzen den/die ErzählerIn in die damalige Handlungs- und Erleidenssituation. Durch autobiografisch-narrative Interviews konnten demnach Rahmenbedingungen des faktischen sowie politischen Handelns und das Erleiden erlebter Erfahrungen der Politikerinnen aufgezeigt werden, die in Form von Abläufen rekonstruiert wurden (Schütze 1977; Schütze 1982; Schütze 1987).

³ Die 24 autobiografisch-narrativen Interviews wurden mit Politikerinnen aus den neuen Bundesländern, die den *fünf* Parteien CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und Die Linke angehören, auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene durchgeführt. Weil es für die Untersu-



chung, um generalisierende Aussagen treffen zu können, wichtig war, neben ehrenamtlichen bzw. nicht ehrenamtlichen politischen Aktivistinnen, Politikerinnen zu interviewen, die vorwiegend mit ebenfalls ostdeutsch-sozialisierten KollegInnen tätig sind (Kommune, Landtag) und Politikerinnen, die auch mit westdeutsch-sozialisierten Abgeordneten arbeiten (Bundestag), war die Einbeziehung der EU-Ebene nicht notwendig. Mit dem Fortschreiten und der Analyse der erhobenen Interviews, der zu konstatierenden Komplexität sowie dem Umfang der jeweiligen Einzelfallstudien wurde die Erhebung der narrativen Interviews bei einer Anzahl von 24 abgeschlossen. Damit weisen die Fälle ausreichend Differenzen sowie inhaltliche Tiefe auf, von einer maximalen Variation und angemessenen theoretischen Reichweite der Fallinterpretationen (im Sinne einer „theoretischen Sättigung“, Anselm Strauss) auszugehen zu können.

⁴ Die *Stunde Null* gestaltete sich 1945 als eine Phase des Neuanfangs und Aufbruchs, zu der Frauen maßgeblich die gesellschaftlichen, familiären und persönlichen Lebensstrukturen mit schufen und dadurch bereits wesentlich zur Entstehung von geordneten Verhältnissen beitrugen (Kuhn/Schubert 1984:65).

⁵ Das Gesetzbuch der Arbeit von 1961 war das entscheidende Regelwerk zur Umsetzung der in der Verfassung formulierten Gleichberechtigung beider Geschlechter im Erwerbsprozess (Bütow/Stecker 1994: 22) Der Anteil der erwerbstätigen Frauen betrug in der DDR 1960 55 Prozent. In dieser Zeit war die Mehrheit der berufstätigen Frauen noch ohne Qualifikation und musste sich mit schlechter bezahlten Arbeitsplätzen begnügen (ebenda).

⁶ Dies wird auch am Beispiel der Politikerinnen, die im Fokus der Untersuchung stehen, deutlich.

⁷ Es fixierte die große Bedeutung der Familie, aber zugleich auch die Verantwortung und die gleichen Pflichten und Rechte beider Geschlechter für alle ehelichen und familiären Angelegenheiten wie z.B. die Kindererziehung. Nicht in allen Fragen wurde dieses Prinzip konsequent durchgehalten, doch in der Verabschiedung der *Hausfrauen-Ehe* war es konsequent. Dieses neue Frauenleitbild wurde in der Gesellschaft schrittweise akzeptiert, jedoch widersprüchlich umgesetzt (ebenda).

⁸ Dies betraf vor allem das *Frauensonderstudium*, welches vornehmlich dazu diente „beruflich und politisch bewährten Frauen die Qualifizierung für die Ausübung einer Leitungsfunktion zu vermitteln“ (ebenda: 24).

⁹ Die sogenannte „*Emanzipation von oben*“ vollzog sich paternalistisch autoritär. Ihr wurde jeder öffentlicher Diskurs entzogen. Sie war ideologisch, politisch und ökonomisch motiviert. Der umfassenden weiblichen Erwerbstätigkeit in der DDR wurde als Mittel der Emanzipation höchste Priorität beigemessen. Ideologisch war die Gleichheit von Frau und Mann ein Element der egalitären Utopie des kommunistischen Gesellschaftssystems, da Frauen durch den Abbau von Nachteilen für das neue sozialistische System gewonnen werden sollten, weil das weibliche Geschlecht in der DDR ein ökonomisch dringend benötigtes Arbeitspotential für die Wirtschaft darstellte (Geißler 1996: 295).

¹⁰ Institutionelle Ablaufmuster beruhen auf gesellschaftlich institutionalisierten Mustern des Lebenslaufes, den die Befragten quasi unhinterfragt folgen (z.B. Schulsystem, Ausbildungs- und Berufssystem) (Schütze 1982).

¹¹ Sicherlich ist an dieser Stelle anzumerken, dass es von dem Alter der befragten Politikerinnen abhängig ist, ob sie bereits in der DDR-Zeit ihre (akademische) Ausbildung absolviert hatten und berufstätig waren. Der Großteil der 24 befragten Parlamentarierinnen hatte zumindest eine (akademische) Ausbildung in der DDR abgeschlossen.

¹² Hierbei ist vom Alter der befragten Politikerinnen abhängig, ob sie bereits zu DDR-Zeiten eine Berufslaufbahn absolvierten oder nicht.

¹³ Diese Gruppe ist im empirischen Datenmaterial genauso häufig vertreten wie die erste.

¹⁴ Die DDR-Bildungspolitik sah vor, dass nach der Reifeprüfung auch studiert wurde. Die Anzahl der AbiturientInnen war somit an der Zahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze ausgerichtet. Gute schulische Leistungen waren also Voraussetzung, um an die EOS delegiert zu werden. Aus diesem Grund lässt sich schlussfolgern, dass die meisten Politikerinnen sehr gute Schulleistungen vorweisen konnten.

¹⁵ An dieser Stelle muss aber angemerkt werden, dass SchülerInnen aus nicht vollkommen systemkonformen Elternhäusern in der Regel nicht an der Durchsetzung ihrer Berufsbiografie gehindert wurden, was sich auch in den geführten Interviews widerspiegelt. Gerade Parlamentarierinnen, die religiös gebunden waren, arrangierten sich „nach außen“ mit dem System, was sich auch in den geführten Interviews widerspiegelt, waren z.B. Mitglied in der Pionierorganisation oder nahmen an der Jugendweihe teil. Zum Teil mussten diese Frauen aber bei der Bewerbung für bestimmte Studienplätze wie „Dolmetscher“ (nicht „Dolmetscherin“), die mit einem Auslandsstudium verknüpft waren, die Erfahrung machen, dass bei der Auswahl der Studienanwärter ihre Einstellung zum Staat eine zentrale Rolle spielte.

¹⁶ Gerade die Politikerinnen, die zu DDR-Zeiten als Lehrerin arbeiteten, mussten auch rhetorische Fähigkeiten unter Beweis stellen, z.B. bei der didaktischen Vermittlung des Lehrstoffs. Diese können auch in ihrer heutigen Abgeordnetenarbeit, z.B. bei Parlamentsdebatten, wichtige Ressourcen sein, aus denen sie schöpfen.

¹⁷ Das 1965 verabschiedete „Gesetz über das einheitliche Bildungssystem“ und Verfügungen über weitere Qualifizierungsmaßnahmen zur Aus- und Weiterbildung sollten Frauen Voraussetzungen für insbesondere technische Berufe und mittlere und leitende Tätigkeiten schaffen.

¹⁸ Die Politikerinnen, die zur Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs noch im Kindes- und / oder Jugendalter waren und weder eine (akademische) Ausbildung abgeschlossen hatten noch beruflich in der DDR-Gesellschaft tätig waren, durchliefen wie ihre westdeutschen Kolleginnen ebenfalls ihre Berufsbiografie unter den Bedingungen des gesamtdeutschen freiheitlich-demokratischen Systems. Insofern ist davon auszugehen, dass nicht nur ihre politischen Einstiege, sondern zum Teil



auch ihre Berufsbiografie ähnlich strukturiert sind wie bei den westdeutschen Politikerinnen.

¹⁹ Dies trifft auf Politikerinnen auf allen politischen Ebenen zu.

²⁰ Die Interviews verdeutlichen, dass der Großteil der Frauen zunächst nicht die Berufspolitik anstrebte. Indem sie sich aber zunehmend in einer neuformierten Partei etablieren konnten, sahen sie allmählich in der Politik eine lukrative berufliche Tätigkeit. Vor dem Hintergrund der drohenden Massenschließungen der VEB (volkseigene Betriebe) und des Umstandes, dass zahlreiche Politikerinnen technisch und naturwissenschaftlich ausgebildet sind, wird dies verständlich.

²¹ Es ist festzuhalten, dass religiös gebundene Frauen nach der Wende besonders gute Karrierechancen in der Politik hatten. Ihr christlicher Glaube signalisierte eine oppositionelle Haltung zum DDR-Staat. Dass die Zahl der religiösen Mandatsträgerinnen im Verhältnis zu den doch überwiegend atheistischen DDR-Bürgerinnen sehr hoch ist, zeigt, dass viele kirchlich gebundene Bürger unzufrieden mit der DDR-Politik und Gesellschaft waren. Aus diesem Grund setzte sich ein Großteil von ihnen aktiv für den politischen Umbruch ein.

²² Alle drei Gruppen sind sicherlich nicht streng voneinander zu trennen, sondern vielmehr verläuft die „Trennlinie“ zwischen diesen Gruppen nahezu unsichtbar und fließend. Beispielsweise war es möglich, dass politische Aktivistinnen der ersten Stunde begannen, sich über das kirchliche Milieu, auch wenn sie nicht religiös gebunden waren, politisch zu engagieren. „Die ökumenische Versammlung der DDR, die in drei Treffen von Februar 1988 bis zum Mai 1989 Christen aller Konfessionen in Dresden und Magdeburg zusammenführte, war ein Ort, an dem vorgedacht und Mut gemacht wurde, sich auf Veränderungen einzulassen. Viele Forderungen dieser Versammlung fanden sich später in den Programmen der neu gegründeten Parteien wieder“ (Höppner 2007: 20).

²³ Zu diesem Zeitpunkt wäre eine politische Karriere in einer anderen Partei weitaus schwieriger gewesen, da diese Frauen auf Grund ihrer SED-Mitgliedschaft in der Regel als „belastet“ angesehen worden wären.

²⁴ Ein Generationszusammenhang umfasst mehrere *Generationseinheiten*. Die Mitglieder der *Generationseinheiten* sind noch enger miteinander verbunden, da sie die geistigen Strömungen der Zeit in gleicher Weise verarbeiten: Sie teilen „Grundintentionen und Gestaltungsprinzipien“, die sie zu einer Gruppe sozialisieren und die für eine einheitliche Reaktion auf die Zeitströmungen sorgen (Mannheim 1980: 542f.).

²⁵ Ihre Karrieren gestalteten sich aus zweierlei Gründen schwierig. Einmal mussten sie sich auf Grund ihrer SED-Mitgliedschaft mit ihrer DDR-Vergangenheit auseinandersetzen und dazu Stellung nehmen. Außerdem war ihr Einstieg und Aufstieg als „Quereinsteigerin“ weitaus steiniger, da die „männlichen“ Ab- und Ausgrenzungsmechanismen kurze Zeit nach der Wiedervereinigung bestens funktionierten. Insofern konnten sie nicht von der einmaligen Situation, die ungeahnte Chancen für ostdeutsche Frauen für eine Politikkarriere im vereinten Deutschland bot, profitieren.

²⁶ Dies verwundert formell nicht, wurde doch jahrhundertlang Frauen und Macht als unvereinbares und konträres Phänomen begriffen. Demgegenüber waren Männer bereits im 17./18. Jahrhundert mit der Sorge um das Gemeinwohl befasst, sie hatten ergo die Macht. Der Umstand, dass die Frau gemäß ihrem traditionellen Aufgabenbereich dazu gebracht wird, zum Mann zuzugreifen: „Deine Welt, mein die Familie“ (Koonst 1988: 76).

²⁷ Als adäquates Mittel, um die Unterpräsenz von Frauen in der Politik abzubauen und aufzuheben, dient das Konzept der *Chancengleichheit*. Dazu zählen Quotierungsregelungen, die das Ziel haben, die Anzahl von Frauen in der Politik zu erhöhen. Unter *Chancengleichheit* ist die „Art, wie eine Organisation ihre Aufgaben erfüllen will“ (Brendl 1997:10) zu verstehen. Zentrale Aufgaben zur Erreichung der *Chancengleichheit* sind, so Brendl, die Frauenförderung sowie die Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft. Um *Chancengleichheit* zwischen Frauen und Männern zu erreichen, wurden Maßnahmen entwickelt, die auf einen möglichst breiten Konsens der Organisation zielen. Von *Chancengleichheit* sei zu Recht zu sprechen, wenn aus einem geschlechtsspezifischen Blickwinkel argumentiert werde. Letztendlich seien Gleichstellungskampagnen darauf fokussiert, gleiche Beteiligungschancen von Frauen in allen Bereichen der Organisation zu erreichen: „Sie integriert Instrumente wie Frauenförderpläne mit konkreten Zielvereinbarungen oder Instrumente zur Beseitigung von Hindernissen struktureller Art, umfasst unterschiedlichste Konzepte und Instrumente, die von gut gemeinten Appellen und Einstellungen, bis hin zur harten Institutionalisierung von Frauenförderprogrammen reichen (Brendl 1997: 26). Impliziert wird die Aufforderung zur Anpassung an die männlichen Maßstäbe (Riegraf 1996: 29ff.).“

²⁸ Stand Februar 2012

²⁹ Stand Februar 2012

³⁰ Um in der Politik die bestehende Ungleichheit zwischen Frauen und Männern abzubauen, wurde in Parteien wie Bündnis90/Die Grünen oder Die Linke, die eine progressive Geschlechterpolitik verfolgen, die *Frauenquote* eingeführt. Insbesondere in den achtziger Jahren galt die *Frauenförderung* als wesentliches Instrument zur Vergrößerung der Karrierechancen von Frauen in der Politik. Bei der *Frauenquote* wird zwischen *absoluter* und *relativer* *Frauenquote* unterschieden. Die *absolute* *Frauenquote* besagt, dass Frauen solange bevorzugt zu behandelt sind, bis die *Frauenquote* X Prozent in einem entsprechenden Gremium erreicht ist. Bei der *absoluten* *Frauenquote* wird zwischen *harter* und *weicher* *Frauenquote* unterschieden. Die *harte* *Frauenquote* besagt, dass die gleiche Anzahl von Frauen und Männern für dasselbe Gremium gewählt werden. Bündnis 90/ Die Grünen sind ihre Verfechter und haben sie bereits bei ihrer Parteigründung 1977 eingeführt (Lehnert 1997). Die Linke hat die *relative* *Frauenquote* (ebenda). Die SPD hat mit ihrer *Frauenquote* von 40 Prozent sicherlich den Frauen den Zugang in die Politik erleichtert und zum Abbau der männlichen Vormachtstellung geführt. Die CDU führte 1996 das *Frauenquorum* ein, was einen Kompromiss zwischen *Frauenquote* und Verzicht auf



Maßnahmen zur Einbeziehung des Frauenanteils darstellt (ebenda). Nur die FDP hat weder die Frauenquote noch das Frauenquorum eingeführt, was sich in einer geringen Präsenz von Frauen deutlich widerspiegelt.

³¹ Stand Februar 2012

³² Stand Februar 2012

³³ Stand 2012

³⁴ Dies sind die ehemaligen 15 Bezirksstädte der DDR sowie Berlin.

³⁵ Bis 1. Dezember 2012

³⁶ An dieser Stelle muss sicherlich angemerkt werden, dass ein Großteil der Politikerinnen keine Karriere als Top-Politikerin anstrebt. Auf Grund ihrer „weiblichen“ Sozialisation und ihrer damit einhergehenden „Doppelbelastung“ sind sie häufig mit einer Karriere in der „zweiten Reihe“ zufrieden. Auf Grund ihrer Alltagsinteressen streben sie häufig selbst keine Tätigkeit in „harten“ Politikfeldern an; auch wenn es bei den ostdeutschen Politikerinnen durchaus einige gibt, die wegen ihrer umfassenden berufsbioграфischen Ressourcen dafür prädestiniert sind. Dies geht aus den geführten Interviews deutlich hervor.

³⁷ Stand Februar 2012

³⁸ Stand September 2011

³⁹ Auffällig ist aber auch, dass ostdeutsche Männer auf der Bundesebene wenig präsent sind, was selbstverständlich auch dem Umstand geschuldet ist, dass die Ostdeutschen etwa nur ein Fünftel der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik stellen. Insofern kann daher angenommen werden, dass es sich für ostdeutsche PolitikerInnen generell noch schwieriger gestaltet, in die zentralsten politischen Ämter und Ressorts auf Bundesebene zu gelangen. Heike Wiegands These bringt es auf den Punkt, wenn sie anmerkt: „Der überwiegende Teil der Aufstiegshemmnisse kann auf die traditionelle geschlechtsspezifische Rollenzuweisung im weitesten Sinn zurückgeführt werden. Die daraus resultierenden Stereotype mit den sich ausschließenden sozialen Normen, Erwartungen und Verhaltensweisen tragen maßgeblich zur bestehenden Situation bei“ (Wiegand 1995: 203).

⁴⁰ Stand August 2012

⁴¹ ohne Berlin

⁴² Da im Rahmen der Untersuchung lediglich ostdeutsche Politikerinnen interviewt wurden, ist an dieser Stelle nicht genau rekonstruierbar, wie die westdeutschen Politikerinnen genau in die Parlamente und möglicherweise an die politische Spitze kamen.

⁴³ Dieser Trend zeigte sich, als z.B. nach dem Abtreten von Dietmar Althaus als Thüringer Ministerpräsident zunächst zwei Frauen, Christine Lieberknecht und Birgit Dietzel, zur Wahl standen. Die Wahl ging bekanntlich zugunsten von Lieberknecht aus.